

Sozialdemokrat

EingelPreis 70 Heller.

Zentralorgan d. Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Abteilung und Verwaltung: Drag 11, Refektorium 15. • Telefon: 26795, 31462. • (Kaufstation): 26797 • Postfach: 57544

12. Jahrgang.

Dienstag, 26. Jänner 1932

Nr. 22.

Nichtangriffspakt Rußland-Polen perfekt.

Warschau, 25. Jänner. Die Polnische Telegraphen-Agentur erhielt von ihrem Moskauer Korrespondenten die Nachricht, daß heute 7 Uhr im Kommissariat für auswärtige Angelegenheiten der Nichtangriffspakt zwischen Polen und Sowjetrußland durch den polnischen Gesandten Minister Patel und den Rußlandkommissar Litwinow paraphiert wurde.

Auflösung des Jesuitenordens in Spanien.

Madrid, 23. Jänner. (Tsch. B.-B.) Der Präsident der Spanischen Republik unterzeichnete ein Dekret, durch das die Auflösung des Jesuitenordens verfügt wird.

Französische Frontkämpfer für Revision der Verträge.

Paris, 24. Jänner. (Tsch. B.-B.) Die Liga pazifistischer ehemaliger Frontkämpfer hielt gestern in Paris ihren Jahreskongress ab. Einstimmig wurde eine Entschliessung angenommen, in der es heißt: Die Liga ist überzeugt, daß die Rüstungseinschränkung allein nicht den Frieden in einem Europa sichern kann, in dem die Verträge alle möglichen Konfliktstoffe aufgedeckt haben. Sie fordert deshalb energisch die Revision dieser Verträge, die allein die Schaffung der europäischen Kooperation und die Sicherheit auf Grund der restlosen Abrüstung ermöglicht.

Gemeindevahlen in Wien - am 24. April.

Wien, 25. Jänner. (Tsch. B.-B.) Wie der „Morgen“ erfährt, werden die Gemeinderatswahlen in Wien am 24. April 1932 stattfinden. Bekanntlich wird sich gegenüber der bisherigen Zusammensetzung des Gemeinderates eine wesentliche Änderung ergeben, daß die Zahl der Gemeinderäte von bisher 120 auf 100 reduziert wird.

Änderung der Heimwehrstatut? Kein Putsch?

Wien, 25. Jänner. (Tsch. B.-B.) Wie die Montagsblätter melden, haben sich die Heimwehrführer insofern zu einer Änderung ihrer Taktik entschlossen, daß sie für die nächste Zeit die Putschvorbereitungen einstellen, dagegen im März 1932 im ganzen Lande große Volksversammlungen und Demonstrationen gegen das jetzige System veranstalten werden.

Die „Eiserne Front“ formiert sich. Am 21. Feber marschbereit.

Berlin, 23. Jänner. Die Reichslampfleitung der Eisernen Front wendet sich heute in einem Aufruf an alle deutschen Männer und Frauen freibewilliger Gesinnung mitzulanfassen für Volksrechte, gegen Diktatur, für soziale Gerechtigkeit, für wirtschaftliche Gesundung, für außenpolitische Freiheit, Frieden und Völkerverständigung und wider alle Feinde der Republik. Die Eisernen Front wolle keine Partei sein. Sie besteht aus den Einheiten des Reichsbanners, den Arbeitersportlern und freibewillig gesinneten Gewerkschaftlern. Eine unerhörte Krise habe die deutsche Wirtschaft schwer erschüttert. Millionen der besten deutschen Arbeiter feiern. In dieser Zeit der Not wollen herrschsüchtige Capitalisten die letzten Reste der Freiheit dem Volke rauben. Bürgerkriegsarmee seien aufgestellt und ausgerüstet worden. Der Kampf Deutschlands um Aufhebung der würgenden Reparationszahlungen ist jenen Deuten nur ein Mittel zur innerpolitischen Verheerung. Im Hitlerismus habe sich diese wider alle Gewalttätigen Götzen gegeben. Die Reichslampfleitung der Eisernen Front erklärt, die Eisernen Front müsse in allen Bezirken des Reiches bis zum 21. Feber formiert sein. Die Kundgebungen an diesem Tage in ganz Deutschland seien bestimmt, Freunden und Gegnern die Wucht und die Kraft der Bewegung fünfjährig vor Augen zu führen.

Tagung des Büros der S.A.Z.

Die Internationale für Streichung der politischen Schulden und Reparationen. Gegen den japanischen Imperialismus. — Für die Verurteilten von Drest.

Köln, 25. Jänner. (Eigener Bericht.) Gestern und heute tagte in Köln das Büro der Sozialistischen Arbeiterinternationale. Es wurde eine Entschliessung angenommen, in der es heißt: Die Krise kann nicht überwunden werden ohne die Befreiung der Weltwirtschaft von dem Druck der politischen Schulden, ohne die Eindämmung der Zollkämpfe und ohne eine internationale Kooperation zur Wiederherstellung beständiger Währungen.

Angeichts dieser Lage stellt das Büro fest: Selbst die Regierungen der unmittelbar betroffenen Länder erkennen an, daß Deutschland gegenwärtig nicht in der Lage ist, die Verpflichtungen zu erfüllen, die es im Young-Plan übernommen hat. Andererseits würden die Länder, die Zahlungen an die Vereinigten Staaten zu leisten haben, in eine unerträgliche Lage geraten, wenn sie zwar keine Zahlungen erhalten, sie aber selbst weiter leisten müssen. Weder dürfen internationale Verträge einseitig zerrissen, noch dürfen zu ihrer Erfüllung Druck oder Gewalt angewendet werden, deren furchtbare Folgen für alle die Anbrecherung gesetzt hat und gegen die sich die Internationale einmütig stellen würde. Die Frage der Reparationen und Kriegsschulden, deren Streichung die Internationale stets verlangt hat, sind finanziell und politisch zu eng verknüpft, als daß eine Regelung ohne Gesamtlösung möglich wäre. Die Internationale und die angeschlossenen Parteien müssen auf die Regierungen und Parlamente einen Druck ausüben, damit sich die europäischen Staaten über einen Plan zum Wiederaufbau der Wirtschaft und über die Eindämmung des Pro-

tektionismus und das Zusammenwirken zur dauernden Stabilisierung der Währungen verständigen. Beide Lösungen werden nur dann erreichbar sein, wenn es den sozialistischen Parteien gelingt, bei den bevorstehenden Wahlen in Deutschland den Nationalismus einzudämmen und in Frankreich die nationalistische Reaktion zu zerschlagen.

In einer Resolution über die kriegerischen Operationen der Japaner in der Mandchurie wird die Gefahr für den Weltfrieden angeprangert, die diese Vergewaltigung des Selbstbestimmungsrechtes und die Verletzung der internationalen Verträge bedeutet. Die Anwesenheit eines Vertreters Japans bei der Abrüstungskonferenz wird als Verhöhnung und Herausforderung solange erscheinen, als die Japaner die Mandchurei besetzt halten. Das Büro sendet den organisierten Arbeitern Chinas seine sozialistischen Grüße. Die Internationale rät dem Proletariat der beiden Länder sich gemeinsam gegen die imperialistische Politik wenden wird. Sie fordert die Arbeiter aller angeschlossenen Länder auf, jede Gelegenheit zu benutzen, um die Verbrechen der japanischen Militaristen am Völkerricht zu brandmarken.

Zum Schluß sendet das Büro an die Verurteilten des Prester Prozesses ein Telegramm, in dem es seiner Bewunderung über den Mut Ausdruck gibt, mit welchem die Angeklagten die traurige Lage Polens geschildert haben. Das Büro gibt der Erwartung Ausdruck, daß das Urteil, welches mit dem Rechtsbewußtsein in krassem Widerspruch steht, niemals zur Vollstreckung gelangen wird.

Der ohnmächtige Völkerbundrat.

Neue Verhandlung des chinesisch-japanischen Konflikts.

Genf, 25. Jänner. (Tsch. B.-B.) Die 66. Tagung des Völkerbundrates begann heute um 11 Uhr mit einer nichtöffentlichen Sitzung, an die sich unmittelbar die erste öffentliche Sitzung anschloß. Den Vorsitz der Tagung führt Frankreich. Die französische Regierung hat den Senator Paul Boncour mit ihrer Vertretung beauftragt. Auf der jetzigen Tagung sind nur wenige Mächte durch Außenminister oder aktive Minister vertreten. Die heutige Tagesordnung weist nur Punkte von nebensächlicher Bedeutung auf. In der nichtöffentlichen Sitzung wurde auf Antrag des chinesischen Vertreters beschlossen, daß der chinesisch-japanische Konflikt heute nachmittags in öffentlicher Sitzung behandelt wird.

In der öffentlichen Sitzung, die der Vertreter Frankreichs, Paul Boncour, eröffnete, widmete zunächst Lord Robert Cecil dem kürzlich zurückgetretenen französischen Außenminister Briand, der in den letzten Jahren nahezu ununterbrochen Frankreich im Rate vertreten hat, einige freundliche Worte.

Ein Bericht über die Behandlung der Zivilluftfahrt auf der Abrüstungskonferenz wurde angenommen.

Nachmittags befahte sich der Völkerbundrat zum vierten Male seit September mit dem chinesisch-japanischen Konflikt. Die Vereinigten Staaten beteiligten sich ebenso wie aus der Pariser Tagung des Rates nicht an den Verhandlungen. Der Vertreter Chinas, Yen, stellte in außerordentlich scharfen Formulierungen fest, daß einem ungeheuer großen Aufwand von Bemühungen des Völkerbundes ein völlig negatives Ergebnis gegenüberstehe. Die Entschliessungen des Rates hätten als Grundlage das feierliche Versprechen Japans, seine Truppen sobald als möglich zurückzuziehen, gehabt. Dieses Versprechen sei gebrochen worden. China müsse jetzt freiwillig erklären, daß die Kommande immer größer werde, alle Mittel und Rechte zu erschöpfen, und unter Umständen andere Artikel als Artikel 11 des Paktes anzuerkennen, um dem Konflikt ein Ende zu machen. Der Vertreter Japans erwiderte in längeren Ausführungen.

Chinesische Regierung zurückgetreten.

Schanghai, 25. Jänner. Die amtliche chinesische Telegraphenagentur Gorny teilt den Rücktritt des chinesischen Ministerpräsidenten Sunfo mit. Sunfo weilt zur Zeit in Schanghai, wo er mit dem Vollzugsausschuß der Kuomintang über die Umbildung der chinesischen Regierung verhandelte.

Nach dem Rücktritt Sunfos wird die Frage der Ernennung Tschiangkaischels zum Ministerpräsidenten akut.

Schreckenstage in Schanghai.

Schanghai, 25. Jänner. (Tsch. B.-B.) Die Stadt Schanghai durchlebt jetzt Tage ständiger Aufregung. Mächtig sind im Hafen der Stadt zehn fremde Kriegsschiffe aufgetaucht. Gestern wurde die Aufregung durch die furchtbare Explosion von Munition auf einer chinesischen Schaluppe gesteigert. Die Explosion machte die ganze Stadt erzittern.

In der Nacht von Sonntag auf Montag herrschte in Schanghai eine direkte Panikstimmung, für die folgende drei rasch auf einander folgende Ereignisse als Gründe angegeben werden: 1. Ein chinesischer Motorponton mit Munition für das Stadttartfenal flog in die Luft. Hierbei kamen 23 Chinesen ums Leben. In der Stadt aber verbreitete sich das Gerücht, daß japanische Flugzeuge die Stadt zu bombardieren begonnen hätten.

2. kursierte das Gerücht, daß eine Regierungskrise ausgedrohen sei, weil die Führer des neuen Rankinger Regimes nicht imstande gewesen seien, den abgesehen, stets aber noch mächtigen General Tschiangkaischel dazu zu bewegen, den Antrag als Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Japan sowie den Antrag, daß der Völkerbund aufgefordert werde, den Poyfott Japans zu proklamieren, zu unterstützen.

3. wurde der österreichische Oberdirektor der American Export Company Dr. Alexander Poges auf offener Straße von einer chinesischen Patronille erschossen. Dieses Ereignis sowie eine ganze Reihe anderer Terrorakte, so u. a. der Versuch, das Palais des japanischen Gesandten in Brand zu stecken, das Bombenattentat auf das größte Kino in Schanghai und noch zahlreiche andere kleinere Begebenheiten haben die Auslandsmissionen benommen, neuerdings die internationale Polizei zu mobilisieren. Wie es scheint, haben auch die chinesischen Behörden begonnen, militärische Vorbereitungen zu treffen.

Udrzal & Stanek

Wenn man der agrarischen Presse u... ihren Kommentaren über die Partietagung vom Sonntag glauben soll, wird die agrarische Partei auch weiterhin die Doppelfirma Udrzal & Stanek führen. Demnach seien die Herren einig, mit anderen Worten, es hat sich keiner völlig durchsetzen können und wir werden so fortwähren wie bisher. Der „Genetov“ nutzt die Gelegenheit, um die Gegensätze in der Agrarpartei, denen er doch selbst tagtäglich durch seine wüste Schimpferei auf die Sozialisten zum Ausdruck verhilft, da solche Debe eben nicht der Meinung des Parteichefs, sondern seiner Nebenbuhler entspricht, zu vertuschen, er will alle Nachrichten über zwei Richtungen in der Agrarpartei als böswillige Erfindung von Sozialisten und Merkmalen hinstellen. Nun uns wäre es wahrhaftig lieber, die Agrarier wären endlich einig und wählten selbst, was sie wollten, weil dann auch wir endlich wüßten, woran wir mit ihnen sind. Da wir schon den abnormen Zustand haben, daß eine Partei, die über ein rundes Sechstel der Parlamentsstimme verfügt, die Politik terrorisiert und den Staat behandelt, als repräsentiere sie mindestens die Hälfte der Bevölkerung, würden wir es für ein Ziel halten, aufs innigste zu wünschen, daß diese Partei wenigstens soweit flori würde, daß sie mit ihrem habarierten Kahn nicht auch das Staatsschiff, mit dem er untrennbar verflochten scheint, in die Klippen steuere.

Siege in der Agrarpartei die eine Richtung so völlig über die andere, daß die Partei eine geschlossene Einheit mit einem politischen Willen wäre, so könnte man sich darauf einrichten, mit ihr zu arbeiten oder gegen sie; dann wäre ja vielleicht auch die Frage aktuell, ob in diesem Staate nicht einmal auch gegen die Agrarier regiert werden könnte, eine Eventualität, die Herr Stanek nicht unterschätzen sollte, wenn er gegen den Burgflügel lokrennt.

Der Kongress der agrarischen Exekutive scheint zwar, wie die tschechischen Linkblätter zu zeigen versuchen, mit einer Niederlage Staneks geendet zu haben, der Präsidium und Sitzung lange vor Schluß der Tagesordnung verlassen haben soll, aber so weit ging die Niederlage des faschistischen Flügel aufscheiend doch nicht, daß man nun mit einer reibungslosen Koalitionspolitik rechnen könnte, das heißt mit einer, die keineswegs ohne Kämpfe, aber ohne die Intrigen und den von den agrarischen Häufereien her drohenden Rückgang-Kurs der führenden Partei abläufe.

Die konkreten Forderungen der agrarischen Exekutive entsprechen im allgemeinen wohl eher dem Programm des Burgflügels als dem der Restantfaschisten. Die Forderung nach Beseitigung der Preis-Schere zwischen agrarischen und industriellen Produkten finden wir billig, aber es liegt nicht an den Sozialisten, sondern an den Agrariern, daß ihr stattgegeben werde. Wir brauchen nämlich, um die Preis-Schere zu schließen, ein Kartellgesetz, das einigen biederen Landwirten, die im Hauptberuf Bankaktionäre, Spiritus-, Zucker- und Bierproduzenten sind, durchaus nicht in den Kram paßt. Wir verstehen auch, daß die Bauern billige Kredite verlangen, um mit dem Verkauf der Ernte abzuwarten zu können. Aber es ließe sich dem Uebelstand, daß der Bauer seine Ernte aus Geldmangel zu schnell und daher zu billig verkaufen muß, auch durch eine innerparteiliche Remedur bei den Agrariern abhelfen — wenn nämlich die agrarischen Genossenschaften als Hauptkäufer einen Teil ihres Profites den Bauern überlassen wollten! Wenn die Agrarier noch höhere Zollsätze verlangen, so nehmen sie das wohl selbst nicht mehr ernst; sie wissen ja auf wie wir, wie bankrott Europa durch die Zölle

und wie überholt das ganze Zollschutzsystem ist. Es heißt den Bauern Sand in die Augen streuen, wenn man sie in dieser Zeit mit dem alten Veruhigungsmittel tröstet, von dem man beinahe schon sagen könnte, es sei Opium für den Bauer. Das Einfuhrverbot für fremdes Vieh, das die Agrarier weiter fordern, würde die Krise nur verschärfen, unserer Sechswarenindustrie das Rohmaterial entziehen, unsere Absatzmöglichkeiten im Ausland einschränken. Damit sind aber die Agrarier mit ihrem Latein auch am Ende, denn was sie weiter fordern, sind keine bauerlichen, sondern lediglich antiproletarische Forderungen.

Bei der Arbeitslosenunterstützung ziehen sie sich zwar auf die Formel zurück, daß sie nur Kontrolle verlangen. Diese Kontrolle ist, soweit sie berechtigt erscheint, in einer Verordnung des Fürsorgeministers bereits vorgegeben — aber diese Verordnung liegt seit langem in der Schublade des agrarischen Ministerpräsidenten, der wahrscheinlich durch die innerparteiliche Kampagne gegen ihn an der Erledigung verhindert war. Radikaler sind die Agrarier bei der zweiten Forderung, die mit Bauerninteressen nicht das geringste zu tun hat, bei ihrer Parole auf völlige Aufhebung des Mieterschlusses. Wir haben nie ein Geheimnis daraus gemacht, daß es hier hart auf hart geht, nicht nur der Millionen Mieter wissen, die man einigen Tausend Häuslerkapitalisten ausliefern würde, sondern auch der allgemeinen Situation halber, da eine Erhöhung der Mieten in der Krise uns vollends in den Abgrund reißen müßte.

Die einzige Hilfe, die es für Landwirtschaft und Arbeiter innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft gegen die Krise gibt, ist die Stärkung des inneren Marktes, der Kaufkraft der Massen. Durch die Kürzung der unmäßigen hohen Kartellprofite, die Senkung der Preise für industrielle Mittel bei Erhaltung der Lohnhöhe, durch möglichst großzügige Versorgung auch der Krisenopfer mit öffentlichen Unterstüßungen, die wieder dem Konsum und der Wirtschaft zugutekommen, können wir uns über Wasser halten. Andernfalls würden wir nur die Krise verschärfen und das unsere dazu beitragen, daß sie zur Katastrophe wird. Wir Sozialisten wünschen die Katastrophe nicht, weil sie bei der gegenwärtigen Kräfteverteilung wahrscheinlich mit der faschistischen Diktatur enden würde. Ob die Bauern Grund haben, diese Entwicklung zu wünschen, bleibe dahingestellt. Eine Partei, die vorgibt, die „Staatspartei“ schlechthin zu sein und mehr zu verteidigen als bloße Standesinteressen, sollte sich von Katastrophenspolitik fernhalten. Die Gewähr dafür hätte man vielleicht, wenn die Agrarier sich unter der Führung des Burgstängel sammelten. Das Hornberger Schießen, das sie Sonntag veranstaltet haben, läßt befürchten, daß die Firma Udezal & Stanel weiter unter dem Joch ihrer Inhaber leiden und daß der Staat mitleiden wird. Denn leider halten wir hierzulande doch dort, wo sich Europa zufolge einer vielbelächelten „Simplicissimus“-Karikatur vor dem Kriege mit der Balkanfrage befand: Wenn es in der Agrarpartei einen heißt, muß die ganze Republik sich fragen!

Anleihegesetz heute im Senat.

Prag, 25. Jänner. Der Senat war heute hauptsächlich zur Auflegung und Zuweisung der Anleihe-Ermächtigung zusammengetreten, die noch heute am Abend vom Budgetausschuß angenommen wurde und in der morgigen Plenarsitzung bereits verabschiedet werden soll. Den Ausschüssen zugewiesen wurde u. a. auch der Beschluß des Abgeordnetenhauses betreffend den zweijährigen Aufschub des Steuerüberwälzungsverbot.

Auf der Tagesordnung standen zwei Zusatzprotokolle zu den Handelsverträgen mit Frankreich und Holland.

Frankreich erhöht die bisherigen Zölle auf Schokolade nach einer Vereinbarung mit den Interessenten von bisher 12 bis 18 auf mindestens 25 Prozent. Die Referenten erklärten, diese Zollerhöhung sei für unsere Schokoladenindustrie zwar schmerzhaft, aber immer noch besser als die gleichfalls in Erwägung gezogene Kontingentierung, bei der der Durchschnitt der Einfuhr der Jahre 1927—1929 als Grundlage genommen wäre. Gerade in den beiden letzten Jahren wurde aber unser Schokoladenexport nach Frankreich fast veräußert. Eine Kontingentierung nach dem erwähnten Durchschnitt hätte also unseren Export viel härter getroffen.

In der Debatte sprach lediglich Galea (Komm.) einigermaßen zu dem Thema, wobei er die Verhältnisse in den Bato-Westen in Jlin scharf kritisierte. Redinger (Christlich-Soz.) protestierte gegen die Reparationen und trat für Abstrichung auch auf innerpolitischem Gebiet ein, während fünf slowakische Koalitionssenatoren eine Rede des österreichischen Ministers Schürff in Baden über das Projekt einer Donauföderation sowie einige ausländische Zeitungsmeldungen, daß für diesen Fall der tschechoslowakische Außenminister bereit sei, den Ungarn Gebietskonzessionen im Gebiet von Kaschau und Umgebung zu machen, zum Anlaß nahmen, um gegen diese Meldungen auf das entschiedenste zu protestieren und die Integrität der slowakischen Grenzen nachdrücklich zu betonen.

Das gleichfalls angenommene Zusatzprotokoll zum niederländischen Handelsvertrag sieht eine befristete Verzögerung gewisser holländischer Abfertigungen vor, während Holland dafür zusagt, bei der Einfuhr tschechoslowakischer Schinken bis zur Einführung eines neuen Gesetzes über die Fleischschau bei uns keine sanitären Schwierigkeiten zu machen.

Nächste Sitzung morgen Dienstag 2 Uhr nachmittags.

Handelsminister für Herabsetzung der Preise und Erhaltung der Löhne.

Brünn, 24. Jänner. (Tsch. P.-B.) Aus Anlaß des 40jährigen Bestandes der tschechoslowakischen Handelsvereinigung fand heute hier eine zahlreich besuchte Jubiläumsgeneralversammlung statt; an der u. a. Handelsminister Dr. Matoušek, Landespräsident Cerny, zahlreiche Abgeordnete und Senatoren und andere teilnahmen.

Handelsminister Dr. Matoušek erklärte, daß die Herabsetzung der Preise bei der gegebenen Lage eine der dringlichsten Voraussetzungen für die Liquidierung der heutigen Krise, für die Velebung des Konsums und für die Vermehrung der Erzeugung bilden. Vom tschechoslowakischen Standpunkt gesehen, sind die Gründe unserer heutigen Schwierigkeiten nicht in unseren wirtschaftlichen Verhältnissen gelegen, sondern geben aus der Welt-situation hervor, die es uns unmöglich macht, die

Ausfuhr in früherem Umfang aufrecht zu erhalten, ob nun durch das Sinken der Kaufkraft einiger Konsumenten oder wegen der Schutzmaßnahmen oder aus anderen Gründen. Wir müssen daher uns vor allem auf uns selbst verlassen. Die erste Aufgabe ist, das Gleichgewicht im Staatshaushalt aufrecht zu erhalten und in der öffentlichen Verwaltung die strengste Spar-samkeit walten zu lassen. Ein weiterer Faktor ist die Erhaltung des Gleichgewichtes unserer Handelsbilanz. Unser Bestreben muß insbesondere dahin gehen, in den Grenzen der Möglichkeit die Kaufkraft des heimischen Marktes im Interesse der Wahrung des Lebensstandards der Bevölkerung und der Beschäftigung zu erhalten und Löhne und Gehälter, wenn es nicht absolut notwendig ist, mit Rücksicht auf die Konkurrenzfähigkeit mit dem Auslande nicht herabzusetzen. Heute sollte sich jeder mehr denn je vor Augen halten, daß vom Wohle des Einzelnen das Wohl der Gesamtheit abhängt.

Justizminister zur Lage.

Pilsen, 24. Jänner. (Tsch. P.-B.) Heute vormittags fand hier eine Tagung der Gewerbetretung der tschechoslowakischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei statt, an der über hundert Delegierte und Vertrauensleute sowie Justizminister Dr. Alfred Meißner teilnahmen. In seiner Rede kam der Minister auf die Taktik der sozialdemokratischen Partei während der gegenwärtigen Wirtschaftskrise zu sprechen. Die Partei mußte der jetzigen Situation die größte Aufmerksamkeit widmen und verlangen, daß durch eine allseitige Fürsorge von den Massen der arbeitslosen Arbeiter und Familien eine Katastrophe abgewehrt werde. Den Weg einer extremen Tätigkeit konnte die Partei nicht einschlagen, da sie nicht nur auf die heimischen Verhältnisse, sondern auch auf die Ereignisse in der Welt Rücksicht nehmen mußte, die größte Wachsamkeit erforderten. Die Partei konzentrierte ihre Anstrengungen auf das Gebiet der sozialen und Arbeiter-Schutz-gesetzgebung, gab den Anlaß dazu, daß durch das Vorkriegsgesetz Sicherheit in finanziellen Angelegenheiten geschaffen werde, um dadurch das Vertrauen der breiten Massen zu stärken sowie zu dem geplanten Kartellgesetz, um ein Diktat übertriebener Preise unmöglich zu machen, und legte sich schließlich dafür ein, daß durch die Aufsicht über die Produktion die Sicherheit der arbeitenden Schichten garantiert werde und die Angestellten nicht grundlos und leichtsinnig entlassen werden.

In der inneren Politik sei größte Ruhe notwendig. Der Minister wies die Anwürfe gegen die Unterstützung der Arbeitslosen zurück, denn wenn der Staat seine Unterstützungstätigkeit gegenüber der Landwirtschaft und Industrie erfüllt, sei es selbstverständlich, daß er auch diejenigen schützen müsse, die aus dem industriellen und landwirtschaftlichen Erzeugnisprozess ausgeschlossen wurden.

In einer einstimmig angenommenen Resolution wird die bisherige Taktik der Partei gebilligt und den Parteifunktionären das Vertrauen ausgesprochen.

Gegen die agrarische Hege.

Stadtvertretung Graslitz einstimmig gegen Angriffe auf den Fürsorgeminister.

Die Stadtvertretung Graslitz hat in ihrer Sitzung am 21. Jänner folgende Entschließung einstimmig angenommen:

Die Stadtvertretung Graslitz weist mit aller Entschiedenheit die unerhörten Vorwürfe zurück, die in letzter Zeit von dem „Venov“ und dem „Böher“

dem Zentralorgan der tschechischen Agrarpartei und dessen Nebenblatt, gegen die Arbeitslosen und den Minister für soziale Fürsorge erhoben werden.

Die unglücklichen Opfer der Wirtschaftskrise die ohne ihre Schuld und gegen ihren Willen infolge der Wirtschaftskrise zu einem Elendlosfeld verurteilt sind und trotz eifrigster Bemühungen keine Arbeit finden können, werden von den genannten Blättern in unerträglicher Weise beschimpft. Die Arbeitslosen werden dort mit Beschimpfungen belegt, die widerzulegen einem anständigen Menschen direkt unmöglich ist.

Zwei Drittel aller Arbeitslosen sind im deutschen Gebiet dieses Staates zu Hause. Die Ursachen hierfür liegen ebenso in der verschlehten Handels- und Wirtschaftspolitik dieses Staates, wie sie gerade durch den starken Einfluß der herrschenden tschechischen Agrarpartei gefördert wurde und weitens in der fremdmütterlichen Behandlung der deutschen Industrie. Wenn nun aus diesen Gründen größere Summen an Unterstüßungen ins deutsche Gebiet gehen, dann hat das genannte tschechische Blatt den traurigen Mut, dem Minister für soziale Fürsorge Dr. Czech nationale und weltliche Weiber den armensten unserer Volksgenossen zugute kommen, soziale Parteilichkeit vorzumwerfen. Wobei mit allem Nachdruck festgesetzt werden muß, daß das Fürsorgeministerium sich nur vom Prinzip der Gerechtigkeit leiten läßt und eine wirksame Hilfe noch weit höhere Beträge erfordern würde.

Statt daß die tschechische agrarische Partei alle Bestrebungen auf durchgreifende Hilfe für die unglücklichen unserer Zeitgenossen unternähme, fällt ihre Presse in der üblichen Weise über diese bedauernden Opfer der Wirtschaftskrise einseitig und den zum Helfer dieser Armen Verurteilten, den Fürsorgeminister andererseits, her.

Die Gemeindevvertretung wünscht auch in den Zeiten der Not Ruhe und Ordnung. Die wüste Hege der genannten Blätter gegen die Arbeitslosen und den Fürsorgeminister aber ist die größte Gefahr für die weitere Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung.

Die Stadtvertretung Graslitz protestiert daher ganz entschieden gegen diese Schreiwiese und er-laubt die Regierung, dagegen die entsprechenden Schritte einzuleiten.

Die agrarische Offensive und die Christlich-Sozialen.

Die christlichsoziale „Deutsche Presse“ schreibt in einem Leitartikel, den sie mit dem Wunsche: „Gut Wetter für Sochla!“ beginnt und schließt, folgendes über die Angriffe der agrarischen Restgouverne auf den Fürsorgeminister:

„Die Kampagne der tschechischen Agrarpartei untreue auf eine Koalitions- und Regierungskrise ab. Der Sozialminister Dr. Czech bietet den Agrariern die von ihnen gewünschte Angriffsfläche. Er verwaltert ein Ministerium, das in Zeiten einer Wirtschaftskrise an exponierter Stelle steht. Durch seine Hände gehen Hunderte Millionen. Die Jiffen sind offensichtlich. Das ist vielleicht ein Fehler. Streikung als Sozialminister hätte die Sache sicher anders gemacht. Dr. Czech ist Führer einer deutschen Partei. Ueber den tschechischen Sozialdemokraten Bedynnd, den Ernährungsminister, gehen die Agrarier zur Tagesordnung über. Aber den Dr. Czech glauben sie in der Hand zu haben. Und mit diesem Pfand in angeblich sicherer Hand wollen sie politische Erpreßungen

Jan Hus / Der letzte Tag

Ein geschichtlicher Roman v. Oskar Wöhric

(Verlag „Der Arbeiter“, G. m. b. H., Berlin 22 41)

Dann kann ihn keiner mehr wegen des gebrochenen Geleitsbriefes angellen. Auch die Kengste seiner böhmischen Thronfolge halber fallen dann weg. Die frommen Väter aber mögen in die leere Bratrinne gucken und zuschauen, wo sie neues Gansfleisch herkrigen! Aber haben die Richter der Kirche eine solche Untreue verdient? Hand aufs Herz, die Väter sind im Grund diejenigen, die uns am besten bezahlen. Es wäre daher nur ein Gebot der Anständigkeit, sie unter der Hand auf größte Vorzubereiten. Den Knäppel aber, den sie dann schmeißen wollen, müßten sie selber schneiden. Warum nur, Jaga Ragula, ist dieser gute Papst Johannes in die Sinesen gegangen? Auch so ein Hans-Kopf. Aber ein dummes, trotz seinem Uebermaß an Schlaubett. Wer das Schachbrett umschmeißt, ehe das Spiel durch Matt verloren ist, wird nicht Jahr auf Patt ausgeht, dem schadet es gar nichts, wenn er in Zukunft den Hintern mit Brenneisen puzen muß. Jetzt werden sie dich ordentlich an den Ranthaben kriegen, Balthasar Cossa! Schad um dich, alter, verständiger Seeräuber! Ich hab mir aus deiner Geheimkammer gar manchen hübschen Beizen verdient. Was Besseres kommt nie noch, das steht schon in der Bibel. Deine Perseker, die Skorpionen, benehmen sich schäbig. Nicht als Kardinalgebern sie sich, nein, eher als Hauptleute der Beitelorden. Wohl sind sie neugieriger als Kuhmüller und möchten alles, was sich insgeheim zuträgt, in die Ohren geblasen haben. Aber zahlen will das Schlarachrote und violette Koll-gium nicht. Demen ist Geld der Heiland, den sie nicht aus den Händen geben. Es sind lausige Zeiten für unsereins und niemand weiß, nicht einmal die Stern-

beschreiber, ob sie nicht noch lausiger werden. Die Salbe, die den verstorbenen Wundschlag der Zeit heilt, ist noch nicht erfunden, sonst stiechen die Grundigen den Apothekern die Tür ein. Jawohl, beschiffene Zeiten, und ich habe Grund zu der Vermutung, daß sie durch den Tod dieses Hus an Beschiffenheit noch zunehmen. Jagula-Seele, sag schon, was nützt mir seine Scheiter? Wenn ich aufrichtig einen Ueberschlag mache, so hab ich am lebendigen Hus mehr verdient, als das am toten jemals möglich sein wird. Schon am ersten Tag, als er mit den böhmischen Herren so stolz-trossig eingeritten ist, haben Palecz und der Brozschmichel aus Deutsch-Brad mich seinetwegen „als Brot gefressen. Damals, ich kann mich noch auf die Stunde genau erinnern, hab ich die erste Anjahlung bezogen, drei Schiller. Jhnen, den Klappfasen, gingen die Hinterkeile mit Grundels. Sie sahen all ihre mit Mühe urechtgemachten Felle daponeschwimmen. Mit eigenen Ohren hatten sie vernahmen müssen, wie der heilige Vater, aus seiner weißen Seide heraus, zu Hussens aufwartenden Geleitsmännern sagte: „Selbst wenn Hus meinen eigenen Bruder getödtet hätte, so würde ich doch aus allen meinen Kräften dafür sorgen, daß ihm während seines Kufenhaltes hier in Konstanz sein Leid zugesügt wird.“ Das waren Worte, die keinem der beiden zur Lust erschollen, weder Palecz noch Michael! Sonst hätte ich nicht die Gegengruben legen müssen, in die Hus tappen sollte. Ich bin seiner Wirtin, der Jida, nachgelassen, wie ein Rücken der Henne. Ich habe ausgehaußelt der Pfisterlin Haus, um etwas Beweislätiges zu finden. Und ich hab auch etwas gefunden. Denn obsson der Magister gebannt war, hat er sich doch beifallen lassen, in seinem Quartier die Messe zu lesen. Ich war fromm genug, mir diese Messe einige Male anzuhören. Ich hab auch dafür gefogt, daß außer mir noch andere Leute vom gleichen Eifer ergriffen wurden. Ich habe ihm, dem Reich-

halter, wenn das Opfer vorbei war, durch ein paar verfangliche Frogangeln die Würmer aus der Nase gezogen. Ich muß gestehen, auf plumpere Weise ist mir noch nie ein Fisch, den ich fangen wollte, an den Köder gegangen. Es waren vollgewichtige Waffnen, die ich Palecz und den anderen Tonsuttrögern aus der Kommission zur Verteidigung des Glaubens in die Hand drückte. Hochwürden Michael wußte sie auch so gut zu gebrauchen, daß er damit auf der Stelle den Bischof sößig machte. Herr Otto von Adtelu hatte eine schnelle Hand. Da, ich weiß noch, wie sein Generalbilator, Magister Hans Tenget, anshmitzte und mit ihm des Bischofs Offizial, Konrad Pelze, und wie beide den ob des Besuches höchlichst überraschten Böhmen fragten, wieso er dazu komme, als Gebannter die Messe zu lesen? Er hat sich unter diesem zwiefachen Griff gewonnen, wie ein Wiesel, das im Jang-eisen sitzt. Schließlich hat ihm seine Magister-schnauze geholfen; denn er wußte die Worte so artig und listig zu stellen, daß ihn die beiden trotz bestem Willen nicht fassen konnten. Da war groß Trauern im Lande der Bemühen, und Palecz, voller Galle geß im Gesicht, hat gesprochen: „Jagula, schaff uns, daß der Hund in Keit und Gewahrkam kommt! Ich schüt soviel Gold in deine Hand, als gehäufelt darin Platz hat.“ Das war ein Wort, das sich hören lassen kann: gehäufeltes Gold eine Hand voll! Ich habe von da an jeden Tag geußt, meine Hand tiefer und breiter zu machen. Und als sie tief und breit genug war, hab ich's geschafft, daß dieser Reher-Jan hinter Mauer und Gatterstab kam. Listig hab ich's geschafft. So der Mann keine weitere Handhabe darbot, mußte ich sie selber beibringen. Und mit Hilfe Gottes gelang's. Am vierten Sonntag im November hab ich ausgefrennt auf Gasse und Platz unter den Brotlauben und an den Weberschänden, in Bürgerchenken und in des Rats Stuben: „Wißt ihr's schon? Hus, der Reher, ist auf und davon! Er hat ein Paar in

der Konstanzter Suppe gefunden und will der Speis was anders genießen! Da haben sie mich stehen lassen und sind gerannt, um die Stadttore zu schließen. Heinrich von Wm, damals der Bürgermeister, hat mich höchst eigen an der Schulter gerüttelt: „Nst's wahr, du Hund?“ und als ich steif und fest bei meiner Auskunft blieb, hat er Sturm auf allen Kirchtürmen läuten lassen, und die Hellebardierer und Armbruster kamen wie bei einem Aufruf gelaufen. Die Jünfte rannten in die Rantshäuser, die Weiber und die alten Mannen schlossen die Fensterloden, und es war ein Gefurr, wie bei einem Volk schwärmender Jmmen. Dabei sah die Weisel, um die es ging, ruhig in ihrem Stod in der Sankt-Pauls-Gasse, ohne eine Ahnung dessen, was sich da brante. Der Bürgermeister war ein umsichtiger Mann. Er wies den Vogt an, Gewappnete genug in die umliegenden Häuser zu legen. Nach der Nachtzeit um eins hoben sie Hus aus und führten ihn mit dem Ritter von Chlum zum Papst auf die Pfalz. So ist er das legimal großpurig zu Pferde gefessen. Aber, als er aus dem Bügel stieg und festen Boden spürte, da zitterte seine Hand und ließ schier den Jamm fallen, und als er seine Handlente sah, die im Hof zu Haufen standen, da wollte er mit raschen Schritten unter sie laufen. Aber des Papstes Diener, die mit den silbergebuckelten Stöcken, führten ihn ins Haus und verriegelten auf der Stelle die Türen. Seit diesem Sonntag hat die Hans den Weg in die Freiheit nicht mehr gefunden. Doch dieser Palecz, so heilig und augenscheinend er tut, ist ein gewissenloser Schauer und Schuft, ein Jfoger, aber kein Halter. Wo blieb die gehäufelte Hand voller Gold? Ich habe sie niemals gesehen. Eine Veranmlung armteliger, grümpfziger Diapfenknie wurde daraus. Frau Anna konnte damit zwanzig dümmgerotene Suppen kochen, gequackte Gerste mit einem schleckenden Stüd Fett drauf. (Fortsetzung folgt)

an den übrigen sozialistischen Parteien ab.

Die tschechischen Agrarier treiben ein Jagdspiel. Man erzählt sich, daß die Führer der Kampagne sich auf jeden Fall einen Gewinn erhoffen: Gelingen der politischen Erprobungsversuche an den sozialistischen Parteien nicht, so gelingt es vielleicht, den allzu linksfreundlichen Ministerpräsidenten Udrákal zu Fall zu bringen. Udrákal hat sich einmal als Statthalter Suchla bezeichnet. Von Suchla hört man, daß er vollständig gesund sei und zur politischen Aktivität zurückkehren wolle. Keinerlich wäre also der Zeitpunkt gekommen, daß Udrákal von seinem Posten zurücktritt. Aber wollen die Drahtzieher der Kampagne wirklich einen Suchla an der Spitze der Regierung? Sie wünschen ein radikales agrar-politisches Regime — Suchla aber ist der Mann des Kompromisses, der sich nur dadurch von Udrákal unterscheidet, daß er wirkliche Kompromisse zustandebringt, während jetzt alles kleinlicher Kuhhandel ist.

Man müßte aus diesen Zeilen auf eine politische Sympathie der Christlichsozialen für die Sozialisten und auf scharfe Gegnerschaft gegen die Agrarfaschisten schließen. Derwider wäre, daß diese Sympathie sich auch politisch auswirkte. In dem Kampf zwischen den rund 92 Sozialisten und den 59 Agrariern (zu denen noch 12 Gewerbetreibende stehen), sind in der Kammer die 58 katholisch-kerklichen Abgeordneten doch der ausschlaggebende Faktor. Auf sie, vor allem aber auf den Vater Straemel (gegen den die Christlichsozialen freilich selbst einiges auf dem Herzen haben dürften), kommt es doch bei einer Entscheidung an!

Was hat die Zentralsozialversicherungsanstalt ihren Versicherten und deren Hinterbliebenen bis 1931 an Geldleistungen ausgezahlt?

Im abgelaufenen Kalenderjahre weisen die Renten, unter diesen vor allem die Invalidenrenten, eine umfasse Steigerung auf. Es wurden

im Jahre 1931
zuerkant: Die Invalidenrente in 16.329 Fällen, die Altersrente in 451 Fällen, die Witwen-Widowrenten in 3572 Fällen und die Waisenrenten an Kinder verstorbenen Versicherten oder Rentner in 4493 Fällen. Ausgezahlt wurden im Jahre 1931 (einschließlich des Staatsbeitrages) an Invalidenrenten 23.561.000 K., an Altersrenten 625.000 Kronen, an Witwen-Widowrenten 3.989.000 K. und an Waisenrenten 4.153.000 K., zusammen damit 32.228.000 K. (der Staatsbeitrag zu diesen Renten beträgt 11.790.000 K.). Die Abfertigung, welche nach verstorbenen Versicherten den Hinterbliebenen anfallt, falls kein Anspruch auf eine Witwen-Widowrente besteht, wurde in 6310 Fällen mit dem Betrage von 5.150.000 K. flüssig gemacht; der Ausstattungbeitrag wurde in 46.535 Fällen, welche nach verstorbenen Versicherten im Falle der Ehegattin nach Zurücklegung der Waise; in der Versicherung Anspruch besteht, wurde in 46.535 Fällen zuerkant und der Betrag von 21.656.000 K. ausgezahlt. Witwen, welche die Witwenrente bezogen, verheirateten sich in 55 Fällen, an Abfertigung erhielten diese 64.500 K., so daß durch die Zentralsozialversicherungsanstalt im Jahre 1931 an Geldleistungen insgesamt 59.000.000 K. an ihre Versicherten und Hinterbliebenen zur Verfügung gebracht wurden.

Ein Rückblick auf die Jahre seit Wirksamkeit des Gesetzes zeigt uns folgende Ziffern:

In den Jahren 1926 (ab 1. Juli) bis 1928 konnten nur Abfertigungen anfallen; an solchen wurden ausgezahlt im Jahre 1926 in 655 Fällen 463.000 K., im Jahre 1927 in 3096 Fällen 3.500.000 K., im Jahre 1928 in 6300 Fällen 4.298.000 K., im Jahre 1929 in 5706 Fällen 4.042.000 K. und im Jahre 1930 in 6024 Fällen 5.037.000 K. Ab 1929 konnten neben der Abfertigung auch schon die Renten und der neu eingeführte Ausstattungbeitrag flüssig gemacht werden. Der Ausstattungbeitrag wurde im Jahre 1929 in 22.228 Fällen mit dem Betrage von 16.742.000 K. und im Jahre 1930 in 41.291 Fällen mit dem Betrage von 19.262.000 K. zuerkant. Die Invalidenrente wurde im Jahre 1929 in 600 Fällen zuerkant und mit dem Betrage von 471.000 K. ausgezahlt, im Jahre 1930 bereits in 5031 Fällen mit 6.278.000 K. Die Altersrente konnte in den Jahren 1929 und 1930 nur in vereinzelten Fällen, in welchen es sich um Uebermehlung handelte, flüssig gemacht werden. Die Witwen-Widowrenten betrug im Jahre 1929 in 1007 Fällen an, für welche 416.000 K. flüssig gemacht wurden, im Jahre 1930 in 2965 Fällen, für die 1.917.000 K. ausgezahlt wurden. Die Waisenrenten wurden im Jahre 1929 an die Waisenkinder nach 1444 verstorbenen Versicherten zuerkant und 504.000 K. ausgezahlt, im Jahre 1930 waren 3618 zuerkantene Fälle von Waisenrenten zu verzeichnen, denen 2.171.000 K. ausgezahlt wurden. Es wurden somit ab 1. Juli 1926 bis einschließlich 1931 an Abfertigungen in 30.881 Fällen 22.641.000 K. ausgezahlt und ab 1929 bis 1931 wurde der Ausstattungbeitrag in 110.064 Fällen mit dem Betrage von 51.551.000 K. zuerkant. In den Jahren 1929 bis 1931 wurden an Renten zuerkant und ausgezahlt: Die Invalidenrente in 22.964 Fällen mit 30.309.000 K., die Altersrente in 966 Fällen mit 648.000 K., die Witwen-Widowrente in 7144 Fällen mit 6.322.000 K., die Waisenrente in 4525 Fällen mit 6.828.000 K., so daß in diesen drei Jahren an Renten 44.100.000 K. und

an Geldleistungen überhaupt seit 1926 (1926 bis 1928 nur Abfertigungen) 118.400.000 K. an die Versicherten und ihre Hinterbliebenen zur Verfügung gebracht wurden.

Der Stand der Renten weist folgende Ziffern auf:

Jahr	Anzahl Rentenempfänger	Witwenrenten	Waisenrenten	Altersrenten	Invalidenrenten
1929	604	1	1.007	1.444	2.056
1930	6.062	11	3.399	4.732	14.924
1931	20.495	916	6.680	8.712	36.803

Schließlich erwähnen wir, daß die Zentralsozialversicherungsanstalt aus dem Ende 1928 geschaffenen Jubiläumsunterstützungsfonds in den Fällen, in welchen aus formellen Gründen ein Anspruch auf die gesetzliche Leistung nicht gegeben ist (Abgang von Fristen, Nichterfüllung der Wartzeit usw.) Unterstutzungen gewährt. In diesen Unterstutzungen wurden ausgezahlt im Jahre 1929 in 339 Fällen 201.000 K., im Jahre 1930 in 890 Fällen

440.000 K. und im Jahre 1931 in 730 Fällen 243.000 K.

Wir sind uns dessen bewußt, daß die Beträge, welche in der Gesamtheit zur Auszahlung gebracht wurden, wohl recht ansehnliche Summen darstellen, daß jedoch in einzelnen Fällen, in denen eine Invaliden- oder Altersrente an Stelle des engagierten Lohnes tritt, die Beträge unzureichend sind, und wir deshalb anstreben, daß vor allem die Renten eine Erhöhung erfahren.

Auf alle Fälle jedoch müssen wir trotzdem auch jetzt schon trachten, daß in allen Fällen, in denen eine Leistung anfallen kann, die Leistung auch wirklich beansprucht wird, denn durch die Summierung von vielen kleinen Beträgen, die durch Richtigstellung verfallen, gehen dem Proletariate in seiner Gesamtheit viele Millionen verloren, die es besonders in der heutigen schweren Zeit nicht entbehren kann.

Die andere Seite. Frankreichs Wirtschaftsnot.

Die gesamte politische Welt sah mit gespannter Erwartung den Beratungen der Lausanne-Reparationskonferenz entgegen. Man wird auch noch weiterhin warten können, denn die Konferenz ist vorläufig noch vor ihrem Zusammenritt gescheitert. Deutschlands Not, seine vor dem Zusammenbruch stehende Wirtschaft, wäre das wichtigste Argument gewesen, das die deutschen Delegierten in die Waagschale geworfen hätten. Der deutsche Kapitalismus ist im letzten Jahr von einem Bankrott zum andern gelangt. Weitgehende Eingriffe in die Wirtschaft, wie sie nur in Augenblicken angewendet werden, da die Existenz des Staates auf dem Spiel steht, lehrt fast alle 14 Tage wieder. Die Glaubigenstaaten hätten sich der Erkenntnis dieser Tatsache nicht verschließen können, ob sie aus ihnen die Konsequenzen im Sinne der Brünning'schen Vorschläge gezogen hätten, das ist weniger wahrscheinlich. In ihrem Widerstreben, sie anzunehmen, wäre nicht in letzter Linie der Widerstand eines der Hauptbeteiligten, der Widerstand Frankreichs, schuld gewesen. Das französische Kleinbürgertum hätte in Lanterne „Rein“ gesagt, es hätte im Interesse seines Bankkontos und seiner Spargroschen entschieden.

Frankreich ist eben noch immer das Land der kleinen, selbständigen Existenzen, nur 50 Prozent der Bevölkerung besteht aus Gehaltsempfängern. Der sozialen Bedeutung des französischen Kleinbürgertums entspricht sein politischer Einfluß, mehrere politische Parteien stehen in seinem Dienste. Diese können, wie in allen übrigen Fragen, so auch in der Reparationspolitik nur eine Stellung einnehmen, die von den Wählermassen verstanden und gebilligt wird. Diesen Leuten, die vor allem auch für die Geltung der französischen Regierung maßgebend sind, kann selbst die gegenwärtige verwegene Situation des Deutschen Reiches nicht imponieren, um so weniger, als Frankreich gleichfalls immer mehr in die Klauen der Krise gerät. Daher war es ein psychologisch ungünstig gewählter Augenblick, gerade jetzt, da die Konjunkturalwelt Frankreich im europäischen Seekraut untertaucht, die bekannten Vorschläge der deutschen Regierung der Weltöffentlichkeit zu unterbreiten. Die Reparationen haben dazu gedient, eine künstliche Prosperität herbeizuführen, Frankreichs wirtschaftliches Uebergewicht auf dem Kontinent zu begründen, sie werden vom französischen Bürgertum nicht als Wiedergutmachungszahlungen, was der Sinn des Wortes „Reparationen“ ist, aufgefaßt, sondern als Sanierungszuschüsse für die Finanzen und die Wirtschaft Frankreichs. Daher hat man wenig Verständnis für Briand, schon gar nicht für Léon Blum, der Mann der Bourgeoisie ist noch wie vor ein Politiker wie Poincaré, „der Retter des Franken“, ein Reaktionsär, der bereit ist, den Seidlingswunsch der Chauvinisten „L'Allemagne payera ton!“ (Deutschland wird alles bezahlen) zu erfüllen.

Lange schon trug ganz Europa die Lasten der Wirtschaftskrise, Frankreich blieb von ihnen verschont. Im Sommer 1930, als Massenentlassungen und Lohnkürzungen in fast allen kapitalistischen Ländern erfolgten, hatte die französische Wirtschaft den Gipfelpunkt der Konjunktur erreicht, die Vergarbeiter des französischen Kohlenbeckens konnten es sich damals noch leisten, für eine Lohnerhöhung zu kämpfen. Der französische Arbeitsplatz war noch aufnahmefähig für ausländische Arbeiter. Weder der Zusammenbruch der Kreditanstalt in Oesterreich, noch die deutsche Julikrise haben sich auf die französische Wirtschaft in irgendeiner Weise abgefördert, erst der Pfundsturz hatte für sie verhängnisvolle Folgen. Jener denkwürdige 21. September, der das britische Weltreich in seinen Grundfesten erschütterte, hat den französischen Banken einen Verlust von zehn Milliarden Franken gebracht. Wenn man erst seit einem halben Jahr von einer Krise in Frankreich sprechen kann, so war das nicht nur dem Kräftezustand zu verdanken, den die französische Wirtschaft aus den Reparationen zog. Die Aufnahmefähigkeit der französischen Kolonien, die nicht in dem Maße industrialisiert sind, wie die britischen und außerdem Frankreich geringer Bevölkerungszuwachs haben das Eintreten der Krise verzögert.

Heute verschärft sich der Zustand von einem Tage zum andern und bald wird sich auch Frankreich von den andern Krisenländern in nichts mehr unterscheiden, Frankreichs ökonomische Zukunft ist

bedeutungslos für ganz Europa. Rumänien, Polen, Jugoslawien, die Tschechoslowakei, selbst Oesterreich und Ungarn haben in Zeiten wirtschaftlicher Depression und leerer Staatskassen in Frankreich offene Türen gefunden. Der Notenumlauf Frankreichs beträgt 100 Milliarden Franken, 40 Milliarden in Gold sind nach dem Deckungsgebot notwendig, um die Währung zu halten. Die Vorräte der Banque de France übersteigen diesen Betrag um 15 Milliarden. Also ein Zeichen, daß zu Befürchtungen nicht der geringste Anlaß vorliegt? Nein, denn ein großer Teil der in den Tresors ruhenden Goldvorräte ist ausländischen Ursprungs und hat sich der allgemeinen Unsicherheit auf dem Geldmarkt wegen nach Frankreich gerettet. Wie leicht können diese fremden Kapitalien abgerufen werden. Dies hätte unmittelbar zur Folge, daß man auch von französischer Seite die Kredite aus den Schuldnerländern zurückrufen müßte. Trotz dieser nur scheinbaren Stärke der Notenbank erscheint die Position der andern finanzkapitalistischen Institute Frankreichs alles andere als gesichert. Die französische Regierung mußte schon wiederholt die Stützung sanierungsbedürftiger Banken in die Hand nehmen, so bei der „Banque nationale de credit“ und bei der „Union Parisienne“, die in den innigsten Beziehungen mit der Firma Schneider-Creuzot steht und die zweitgrößte Privatbank Frankreichs ist. Hierbei ist der Umstand besonders interessant, daß gerade jene Banken auf besonders schwachen Füßen stehen, die sich mit der Finanzierung der Balkanländer beschäftigen.

Der Produktionsrückgang in Frankreich zeigt sich bereits deutlich in der Schwerindustrie, wenn auch noch in erträglicherem Maße als in der Textilbranche. Die tägliche Förderung an Kohle sank von 190.000 Tonnen im November 1930 auf 173.000 Tonnen in der gleichen Zeit des Jahres 1931. Die Roheisenproduktion wies 1929 einen Monatsdurchschnitt von 864.000 Tonnen auf, 1931 nur noch 592.000 Tonnen, für Kohlenstoff sind die entsprechenden Ziffern 808.000 Tonnen 467.000 Tonnen. In manchen Teilen des Landes weist die Hüttenindustrie einen Rückgang bis zu 60 Prozent auf. In der Stahl-Industrie Elsch-Lehringens beträgt die Produktionsminderung 40 Prozent. Durch den Pfundsturz wurde besonders die Textilindustrie hart getroffen, in der Lyoner Seidenindustrie ist die Lage geradezu katastrophal. 20.000 Arbeiter wurden entlassen, in den letzten beiden Dezembertagen fielen die Seidenfabriken zur Gänze. In den anderen Zweigen der Textilindustrie hat die Kurzarbeit einen großen Umfang angenommen, in den Leinenwebereien liegt die wöchentliche Arbeitszeit zwischen 24 und 36 Stunden, in den Tuchwebereien zwischen 36 und 40 Stunden. Landru, der französische Arbeitsminister hat die Zahl aller Kurzarbeiter des Landes mit 2.600.000 angegeben. Die Zahl der Vollarbeitslosen beträgt nach der offiziellen Statistik 180.000, in Wirklichkeit sind es über 700.000.

Gegenwärtig müssen sich die noch im Produktionsprozeß verbliebenen Arbeiter einer Lohnkürzung unterwerfen, freilich geht das in Frankreich nicht durch eine generelle Kürzung der Löhne aller Arbeiterkategorien nach dem Vorbild Mussolinis und Brünnings, sondern man geht schrittweise vor, zuerst kamen die Berg- und Textilarbeiter Nordfrankreichs an die Reihe, die Eisenbahner werden ihnen als nächste folgen müssen.

Angeichts dieser Tatsachen werden die Reaktionen nicht untersucht lassen, auch die Arbeiter in eine einheitliche chauvinistische Front einzubeziehen, indem sie ihnen einreden, daß nur das Ausbleiben der deutschen Reparationszahlungen an ihrer wirtschaftlichen Notlage schuld sei. Eine Arbeiterklasse aber, die Lafargue, Guéde und Faure zu ihren Führern hatte, wird einer solchen nationalistischen Demagogie nicht zugänglich sein, sie wird nicht der kapitalistischen Lösung von Versailles, sondern der sozialistischen Lösung der Internationale beistimmen. Das Proletariat diesseits und jenseits des Rheins kann kein Verständnis haben für das Schlagwort „Heiligkeit der Verträge“, hinter dem sich kein ehrliches Bekenntnis, sondern das Interesse der Besitzenden und ihre reaktionäre Gesinnung verbergen.

B. R.

Die Berliner Hochschule für Politik wählt links!

In regelmäßig wiederkehrenden Zeitabschnitten benötigen die sozialistischen Madanbrüder an den deutschen Universitäten irgendeinen nützlichen Vorwand — wie soeben in Berlin —, um wilde Ausschreitungen vom Jau zu brechen und sich in brutalen Angriffen gegen den republikanisch und sozialdemokratisch gestimmten Teil der Studentenschaft zu ergoßen, die leider fast überall mit einer feinen, dem reaktionären Treiben ausgelegte Minderheit ist. Das Vorrecht der „alabamischen Freiheit“ dient nur dazu, den uneingeschränkten Terror der Faschistenstudenten zu ermöglichen. Die Studentenausschüsse befinden sich fast überall in den Händen der Rechtsradikalen, die Faschisierung des deutschen Hochschulbetriebes ist schon längst vollendete Tatsache.

Um so mehr ist das folgende Ergebnis der Studentenausschuwahl an der Berliner Hochschule für Politik erfreulich, das im schärfsten Widerspruch zu der hier aufgezeigten Tendenz steht:

Partei	Stimmen	Mand.
Sozialistische Studenten	102	2
Rote Einheitsfront (R.F.D.)	78	1
Nationalsozialisten	65	1
Mitte	59	1

Das Uebergewicht der republikanisch gestimmten Studenten sowie der Anhänger des marxistischen Sozialismus ist evident. Diesem Resultat kommt eine ganz besondere Bedeutung zu, es zeigt, in wie geringem Ausmaß sich die wirklich politisch denkenden Studenten von der nationalsozialistischen Phrasologie einfangen lassen. Die Studenten der Medizin, der Philosophie und der Rechte, die sich meist als Dilettanten in der Politik ausbilden — sie sind Nationalsozialisten. An der Hochschule für Politik aber, dort, wo man unter politischer Tätigkeit nicht das Verschlagen von Fensterheben in Universitätsgebäuden versteht und auch nicht das Verprügeln wehrloser Spaziergänger, sondern die ideale Auffassung der Politik von einer Wissenschaft des Lebens bewohrt hat — dort ist für Demagogen kein Platz, dort halten die Sozialisten das Terrain. — 13.

Arbeitslosentumgebung in Grulich

Für Sonntag, den 24. d. hatten die sozialdemokratische Partei und die von ihr geführten Arbeitslosenausschüsse eine Versammlung der Arbeitslosen und Kurzarbeiter einberufen, die sehr stark besucht war. Die Kommunisten, die sich in einer Zahl von etwa dreißig Mann ebenfalls eingefunden hatten, erhofften sich eine Gelegenheit, ihre Lügen und Gemeinheiten gegen die Sozialdemokraten abladen zu können. Die Versammlung machte ihnen jedoch einen Strich durch die Rechnung und beschloß mit großer Mehrheit, ein kommunistisches Gegenreferat abzulehnen und verwies ihren Referenten auf die Debatte. Als der Vorsitzende, Genosse Hilj, unserem Redner, Genossen Paul aus Prag, das Wort erteilte, begannen die Kommunisten in wüster Weise zu krauwallieren. Alle Ermahnungen, dem Bürgertum doch nicht das Schauspiel einer gesprengten Arbeitslosentversammlung zu bieten, fruchteten nichts. Da die Gefahr bestand, daß die Versammlung in eine Schlägerei ansartete — einige kommunistische Schreier waren direkt aus einem Maskendall in die Versammlung gekommen und noch nicht ganz nüchtern — zogen unsere Genossen es vor, die Kommunisten allein zu lassen. Die Arbeitslosen verließen alle das Lokal, formierten einen etwa zweihundert Teilnehmer zählenden Demonstrationzug und marschierten zum Konsumverein. Die dreißig Kommunisten blieben allein zurück. Die Versammlung wurde sodann im Versammlungslokal des Konsumvereins, aus dem rasch Tische und Stühle entfernt worden waren, abgehalten. Die Kopf an Kopf gedrängt stehende Menge nahm die Ausführungen des Genossen Paul, der den Unterschied zwischen kommunistischem Geschrei und sozialdemokratischer Arbeitslosenhilfe scharf herausarbeitete, mit lebhafter Zustimmung und großem Beifall auf. Eine vom Genossen Hilj verlesene Resolution, die der sozialdemokratischen Partei und dem Genossen Dr. Czech Dank und Anerkennung ausspricht und eine gerechtere Verteilung der Lebensmittelaufwägungen in den Gemeinden fordert, die baldige Schaffung des Rotfondes, die Biergigstundenwoche und die Verkürzung der Dienstzeit und der Militäransgaben verlangt, fand einen einstimmigen Beifall. Die Versammlung hat den Beweis erbracht, daß die Arbeitslosen das fruchtlose Geschimpfe der Kommunisten satt haben und nur in der Sozialdemokratie ihre Vorkämpferin erblicken.

Kontingentierung unseres Glasexportes nach Frankreich

Paris, 23. Jänner. Die seit Montag geführten französisch-tschechoslowakischen Verhandlungen betreffend die Einfuhr tschechoslowakischen Glases nach Frankreich wurden gestern abends mit der Unterzeichnung eines Abkommens abgeschlossen, nach dem die Einfuhr tschechoslowakischen Glases nach Frankreich mit Ausnahme von Epiegeln, optischem und Tafelglas kontingentiert wird. Auch die Einfuhr von Goblöngler Glaswaren nach Frankreich wird kontingentiert werden, doch wurden die Verhandlungen darüber einer späteren Zeit vorbehalten. Als Grundlage der auf ein Jahr vereinbarten Kontingentierung wurde die Einfuhr in den Jahren 1928 und 1929 genommen. Die bis 30. Jänner nach Frankreich eingeführten Waren dieser Art bedürfen zwar keine besondere Bescheinigung von der Organisation der Glasindustrie, werden aber in das Kontingent eingerechnet.

Tagesneuigkeiten

Ein ganzes Schiff geht in die Luft!

Die Besatzung zugrundegegangen.

Shanghai, 24. Jänner. (Neuer.) Heute Nachmittag ereignete sich hier eine ungeheure Explosion, die die Erde erzittern machte. Ein großes Schiff, das bis zur Wassertlinie mit Explosivstoffen geladen war, ist auf dem Fluß unweit der französischen Konzeption in die Luft gegangen. Die Explosivstoffe wurden über den Fluß ins Arsenal transportiert. Wäre die Explosion einige Minuten später erfolgt, wäre wahrscheinlich das ganze Arsenal in die Luft geflogen. Man befürchtet, daß die ganze Schiffsbesatzung zugrundegegangen ist.

Menschen hinter Gittern.

Blutige Revolte in einem englischen Zuchthaus

London, 24. Jänner. Im Zuchthaus von Dartmoor (Grafschaft Devonshire) kam es heute zu schweren Unruhen, an denen sich von heute etwa 480 Insassen zwischen 300 und 400 beteiligten. Polizei und Truppen mußten den Gefängnisbeamten zur Hilfe kommen. Seit über 14 Tagen hatte sich bereits Aufruhrgeist unter den Gefangenen bemerkbar gemacht. Als die Insassen heute morgen um 9 Uhr zum Abgang eingeteilt wurden, warf sich eine Anzahl von ihnen mit improvisierten Waffen auf die Aufsichtsbeamten. Eine andere Gruppe stürzte in das Amtszimmer des Direktors. Das dort im Kamin brennende Feuer wurde benutzt, um das Gebäude in Brand zu setzen. In wenigen Minuten waren die über die Zuchthausmauern zurückgeworfenen Flammen in weitem Umkreis sichtbar. Der Direktor sandte sofort ein telephonisches SOS an die Polizei, an die Polizeibezirke von Plymouth und Exeter. Die Feuerwehr von Plymouth machte sich unverzüglich an die Löschung des Brandes. Mittlerweile wütete innerhalb der Mauern ein furiboder Kampf.

Hunderte der Zuchthausler verhielten sich gleichzeitig an allen Stellen die hohen Mauern zu erklimmen, während die Beamten in sie hineinschossen. Eine große Anzahl der Zuchthausler soll verletzt sein. Andere Zuchthausler drangen in die Verwaltungsräume ein, wo sie die Akten zerstörten. Der Kampf dauerte über zwei Stunden. Um 4 Uhr 30 Min. nachmittags befand sich noch immer ein starkes Polizeiaufgebot in dem Zuchthaus. Das Innenministerium hat vorläufig die Ausgabe eines offiziellen Berichtes über die Vorgänge verweigert. Aus Aussagen der Polizei ist zu entnehmen, daß sie bereits vorher von dem Direktor gebeten worden war, sich in Bereitschaft zu halten, so daß, als das SOS sie erreichte, die vorher getroffenen Abmachungen nur in Kraft gesetzt zu werden brauchten.

London, 24. Jänner. (Neuer.) Wie amtlich gemeldet wird, sind die Unruhen in Dartmoor bereits unterdrückt. 20 verletzte Gefangene wurden ins Spital gebracht. Von den Gefangenenaufsehern erlitt keiner (!) ernstlichere Verletzungen.

Eine Krone „Gehalt“ für die Arbeitsstunde.

Ein auch sonst empörender Dienstvertrag.

Nachstehender „Anstellungsvertrag“ wurde unserer Redaktion im Original vorgelegt: Speedwell, Prag 1., Platz des Republik, Palats Kotva, Prag, am 21. November 1930, Hr. Wir engagieren Sie hiermit als Rangleipraktikantin zu nachstehenden Bedingungen: Das Engagement tritt mit 1. Jänner 1931 in Wirksamkeit. Ihr Monatsgehalt wird 211.10 Kč (Zweihundertelf Kronen 10 Heller) betragen, die im nächsten Monat fällig sind. Außer auf diesen Gehalt haben Sie Anspruch auf Remuneration in der Höhe eines Monatsgehaltes; diese Remuneration wird nur in dem Falle fällig, daß Ihr Dienstverhältnis bis Ende Dezember des betreffenden Jahres andauert und ist andersfalls pro rata temporis fällig. Krankentafel und Pensionsversicherung zahlen Sie zur Hälfte, die andere Hälfte tragen wir aus Eigenem. Die Einkommensteuer zahlen Sie selbst. Die Arbeitsstunden sind von 8-12 Uhr vormittags und von 2-6 1/2 Uhr nachmittags, an Freitagen von 8-12 1/2 Uhr vormittags, an Sonntagen von 8-12 1/2 Uhr. Die Kündigungsfrist beträgt beiderseitig 30 Tage und kann am letzten eines jeden Monats gegeben werden. Überzeit wird nicht gelohnt honoriert. Soweit nicht anders bestimmt ist, gelten die gesetzlichen Bestimmungen. Ihre freiwillige Zustimmung mit diesem bekräftigen Sie auf dem Gegenbrief mit eigenhändiger Unterschrift. Mit vorzüglicher Hochachtung: Speedwell motor o.s. (Anfängerische Unterschrift.)

Recht ist vor allem die „vorzügliche Hochachtung“ und die Betonung der „freiwilligen Zustimmung“ sowie die seine Vorliebe, bei solchen bestehenden Einkommenverhältnissen auf die Steuer nur ja nicht zu vergessen. Gestützt auf die Klassenjustiz in Arbeiterprozessen wird hier vor allem in schamloser Weise das Arbeitszeitgesetz übergangen (es sei hier bemerkt, daß alle Angestellten dieser löblichen Firma einen ähnlichen Vertrag unterschreiben mußten). Die Trägerin oben angeführter vertraglicher Rechte und Pflichten ist ein siebzehnjähriges Mädchen, dem diese Vergünstigungen nach dreimonatiger „Probeweile“ — wofür ihr eine „freiwillige“ Zuwendung von 100 Kč monatlich zugesprochen wurde — „jugendlich“ und sogar vertraglich festgesetzt werden. Es kommt natürlich nur in den allerersten Fällen vor, daß die 48 Stunden-Wochenarbeit eingehalten werden, in Wirklichkeit wird fast immer Überzeit gemacht. Nach Beendigung des Dienstverhältnisses hat man der bedrängten Angestellten natürlich die Bezahlung der Remuneration für volle zehn Monate verweigert und sich dabei auf den famosen Vertrag berufen! Die Angestellte bekommt für eine Stunde Büroarbeit genau eine tschechoslowakische Krone und muß für diesen lächerlichen Lohn eine geschulte Büroangestellte ersetzen. Unter dem Vorwand, daß es um Praktikantenarbeit geht, werden in dieser menschenunwürdigen Weise Unmündige bis zum Letzten ausgenutzt, und wenn sie genügend Routine haben, um einen erträglichen und ihrer Arbeit entsprechenden Lohn zu verlangen, durch neue Kräfte ersetzt, deren Jugend eine derart skandalöse und schamlose Ausbeutung ermöglicht! Diese Unternehmungen müssen öffentlich angeprangert werden, und es wäre dringende Aufgabe der Arbeitsgerichte, solche „freiwilligen Verträge“ als gegen die guten Sitten verstößend und für nichtig zu erklären.

Blutige Militärrübungen.

Uhorod, 25. Jänner. Die 12. Infanteriedivision teilt mit, daß am Samstag bei Uhorod der Uhoroder Garnison aus unbekannter Ursache zwei Kanongranaten vorzeitig explodierten, durch die die übrigen Formationen die auffallenden Geschosse markierten. Dem Soldaten Franz Horstz jersch der Jähnschiff der Granate einen Finger an der rechten Hand, Oberleutnant Josef Koulík wurde leicht verletzt. Die Verwundeten wurden in die Militärabteilung des Uhoroder Krankenhauses eingeliefert.

Bier Proletarier durch Kohlendioxid getötet.

Brünn, 24. Jänner. Heute wurden in einem Hause einer Feldkolonie in Brünn der 36jährige Arbeiter Alfred Ruzicka, seine 36jährige Frau, die Arbeiterin Lubmilla Ruzicka und der 36jährige Ludwig Cervinka in ihrem Hause durch Kohlendioxid vergiftet tot aufgefunden. Alfred Ruzicka hat wahrscheinlich die entzündenden Gase gespürt, konnte aber nicht mehr bis zum Fenster gelangen und blieb auf dem Fußboden tot liegen.

Die Arbeitslosenaktion des Ernährungsministeriums. Im Hinblick auf Zeitungstimmen, welche Kritik an der Arbeitslosenfürsorgeaktion des Ernährungsministeriums übten, macht das Ministerium darauf aufmerksam, daß in seinem Budget seit einigen Jahren ein ständiger Posten für Verpflegung und Bekleidung von Bedürftigen enthalten ist. Dieser Betrag, welcher durch Spenden einiger Unternehmerrgruppen um mehr als 2.500.000 K vermehrt wurde, verwendet das Ministerium für eine Kartoffelaktion, welche über 2.000.000 K erfordert und welche noch fortgesetzt wird. Für die Kinderverpflegungsaktion wurden 2.700.000 K angewiesen. Alle diese Aktionen führt das Ernährungsministerium unter Leitung des Ministers für soziale Fürsorge durch Vermittlung der Bezirke- und Gemeindeväter, d. h. unter Mitwirkung der Landes- und Bezirksjugendfürsorgeämter durch, so daß keine Rede davon sein kann, daß sich die Maßnahmen der beiden Ministerien kreuzen. Es ist auch die Behauptung unrichtig, daß das Ernährungsministerium selbst Anweisungen auf Milch, Kartoffeln usw. erteilt. Das Ministerium weist nur, je nach Notwendigkeit den einzelnen Bezirken entsprechende Beträge zu, während die übrige administrative Tätigkeit die oben angeführten Behörden und Korporationen ausüben.

Ein Redakteur wegen einer Wahlrede verurteilt. Samstag verurteilte der Strafsenat des Kreisgerichtes in Uhorod den Hauptgeschäftsführer und Redakteur der tschechischen Partei des autonomen Landwirtschaftsojuz, Andrij Brody, zu zwei Monaten Kerker und bedingte nach dem Gesetze zum Schutze der Republik. Im Mai v. J. hatte Brody in einer Wahlrede in Zvoljava Ausdrücke angewandt, die vom Staatsanwalt als Verbrechen gegen das Gesetz zum Schutze der Republik qualifiziert wurden. Der Angeklagte und der Staatsanwalt legten gegen das Urteil Berufung ein.

Das todbringende Auffpringen. Am Sonntag abends der 60jährige Anton Fabisel aus Grabova bei Witkowitz auf den bereits fahrenden Personenzug in der Station Ruzicka aufspringen wollte, stieß er von den Gleisen ab und geriet unter die Waggonräder, die ihm beide Beine abtrennten. Fabisel ist kurz nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus den Verletzungen erlegen.

Ein sechszehnjähriger Todesopfer des politischen Kampfes. Zwischen Angehörigen der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei und politisch Andersdenkenden kam es Sonntag Vormittag in Berlin zu einem Zusammenstoß. Ein Mitglied der NSDAP, der 16jährige Herbert Kox-

lus, wurde durch Messerstiche so schwer verletzt, daß er im Krankenhaus starb. Die Täter sind unerkannt entkommen.

Wieder Lehrbetrieb an der Berliner Universität. In der Berliner Universität, die am Freitag und Samstag wegen politischen Streiks innerhalb des Gebäudekomplexes geschlossen war, wurde Montag früh der volle Lehrbetrieb wieder aufgenommen. In der ruhigen Haltung hat ein allgemein beachteter Aufruf des Rektors Geheimrat Lüders beigetragen, der die Studenten eindringlich zur Ruhe ermahnt und ankündigt, daß gegen die Streiktreue mit unumschließlicher Strenge vorgegangen werden soll.

Wärder „M.“ In Belgrad wurde dieser Tage der Film „Lang - Film M.“, der die Geschichte des Düsseldorf-Masseners Peter Kürten in grauenerregender Weise schildert, zum ersten Mal vorgeführt. Die Gattin eines dreijährigen Tochterchens ist, wurde von der Handlung und ihre Gestaltung derart erregt, daß sie während der Vorstellung einen Nervenanfall erlitt und hysterisch nach ihrem zu Hause unterbrochen von einem Kinderwärterin betreuten Tochterchen rief. Er wird sie ermorden, er wird sie ermorden“ rief die Frau fortgesetzt hervor. Die Kranke wurde aus dem Theater gebracht. Am nächsten Tag verabschiedete sich der Zustand wesentlich; die Ärzte stellen u. a. Verfolgungswahn fest. Man überführte die Unglückliche in ein Sanatorium nach Budapest. Nach zehn Tagen trat der Tod ein. Die jugoslawischen Justizbehörden haben jetzt die Abhebung des Films veranlaßt.

Jagd nach Rotwisch-Geld. Im Tarnsdorfer Gutsmohndorfer Frau Annedie Förgo-Jung, die als erste die Anzeige gegen den ungarischen Eisenbahnstationier Silberster Rotwischla erstattet hatte, ist ein Einbruch verübt worden. Die Täter konnten nicht ganz zum Ziel offenbar hatten sie es auf die Belohnung in Höhe von 800 Schillingen abgesehen. Die Frau Förgo-Jung erst vor wenigen Tagen ausgespielt erhalten hatte. Das Gut wird jetzt ständig bewacht.

Steirische Bauern verweigern Steuerzahlung. Als sich Samstag ein Steuerexekutor nach Stadlendorf in Weststeiermark begab, um in einem Gut eine Exekution wegen nichtbezahlter Steuer vorzunehmen, sah er sich plötzlich im Hofe etwa 200 Bauern gegenüber, die eine bedrohliche Haltung einnahmen. Der Exekutor mußte unrichtigere Dinge den Hof wieder verlassen. Nach seinem Abgang hielt der Landwirt Haas, gegen den die Exekution geführt werden sollte, eine scharfe Rede gegen die gegenwärtige Regierung und appellierte an die übrigen Gemeinden und deren Bewohner, daß auch diese die Bezahlung der Steuern verweigern sollten.

Kommunistischer Sturm auf eine Kaserne in Zürich. In Zürich kam es Samstag zu einem kommunistischen Sturm auf die Kaserne. Zwei Soldaten hatten eine Antifaschistische Demonstration in Uniform an der Spitze des Reges marschiert waren. Zum Protest veranstalteten die Kommunisten eine Demonstration vor der Kaserne. Sie schlugen das Kasernenport ein, wobei sie Schilderhäuser als Sturmboje benutzten. Die Demonstration wurde von einer in der Kaserne postierten Polizeiabteilung mit Schreckschüssen empfangen. Zwei Demonstrationen wurden leicht verletzt. Nach kurzer Zeit war die Ruhe wieder hergestellt.

75 Einbrüche! Der Frankfurter Polizei ist es gelungen, einer Einbrecherbande, die kürzlich festgenommen wurde, 75 Einbrüche nachzuweisen. Der Leiter dieser gefährlichen Bande war der bereits wegen Raubüberfällen in Haft befindliche Oben-schläger, der auch als Anführer und Hauptmissetäter angesehen ist. Der gefährlichste Dieb der Bande war ein Mann namens Schröder, der wegen seiner kleinen schmächtigen Figur den Spitznamen „Der kleine Kobold“ führte. Er ließ mit 63 Einbrüchen an der Spitze. Die Einbrecher behaupten ihre Diebstahlsfahrten per Auto auch auf die Umgebung von Frankfurt aus. Wenn ihnen der Betriebsstoff ausging, brachen sie einfach in eine Tankstelle ein. Der Schaden, den die Bande angerichtet hat, dürfte sich auf mindestens 100.000 Mark belaufen.

Raji als Diebe. Königberger Kriminalbeamte entdeckten in einem vor wenigen Tagen geschlossenen Heim der Königberger Hiltzjugend ein aus einem großen Einbruch stammendes Lager von Diebstahl. Die Täter — Mitglieder der Hiltzjugend — sind geflüchtet.

Wissenschaft in Gletscherhöhe.

Die hochalpine Forschungsstation auf dem Jungfrau-Joch. — Ein Werk der Internationalität.

Zürich, Ende Jänner. (Eig.-Ber.) In 3200 Meter Höhe, hart unter dem ragenden Felsmassiv des Jungfrau-Joches, wurde durch internationale Zusammenarbeit eine einzigartige hochalpine Forschungsstation geschaffen. Die Vertreter der Wissenschaft sollen hier Gelegenheit zu Untersuchungen erhalten, die im Tiefland nicht durchgeführt werden können. Die Träger des Instituts sind: „Schweizerische Naturforschende Gesellschaft“, die „Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft“ in Berlin, die „Royal Society“ in London, die „Academie des Sciences“ in Wien, der „Fonds de la Recherche Scientifique“ in Brüssel und die „Schweizer Jungfrauabseilgesellschaft“. Schon als die Jungfrauabseilung am 1. August 1912 in Betrieb genommen wurde, hatte sich die Jungfrauabseilgesellschaft verpflichtet, erhebliche Beiträge für das in Aussicht genommene Forschungsinstitut zu leisten. Der Weltkrieg hatte aber den ganzen Jungfrau-Bau zum Erliegen gebracht.

Vom Rundfunk

Gespichtenswertes aus den Programmen. Mittwoch.

Prag, 11.00 Schallplatten, 17.10 Marionettentheater, 18.25 Deutsche Sendung, Arbeiter-Liedung, Dr. Robert Wiener-Prag: Das Problem der Arbeitszeitverkürzung, 20.30 Pieder, 22.15 Konzert aus London. — Brünn, 18.25 Deutsche Sendung, Dr. Prigel: Die Reform der Arbeitsvermittlung, 19.30 Klammern, Oper von Schulhoff, 21.00 Karnedalkonzert. — Breslau, 20.30 Volkstümliches Konzert. — Königsberg, 20.00 Mozart-Verdi-Abend. — Rünchen, 19.20 Chorgesang. — Wien, 17.00 Musik der Klavier, 20.45 Die große Katharina, Skizze von Shaw.

Die Hauptversammlung der Zweigstelle Ruffing des „Freien Radiobundes“ fand Samstag abends bei sehr starkem Besuch im großen Vereinslokale des Angerer Volkshauses statt. Die Gruppe, die bereits mehr als 120 Mitglieder zählt, hat im verfloßenen Jahre eine außerordentlich erfolgreiche Tätigkeit entfaltet und geht mit den besten Aussichten in das neue Jahr. — An der Versammlung nahmen Genosse Goldschmidt als Obmann des „Freien Radiobundes“ und zwei Dresdener Genossen in Vertretung des Arbeiter-Radiobundes in Deutschland teil.

Der Initiative des verstorbenen Schweizer Professors A. de Quervain ist es zu danken, daß in den letzten Jahren die Arbeiten zur Schaffung der hochalpinen Forschungsstation wieder aufgenommen wurden. Der Kanton Wallis schenkte das „Gelände“, eine Stelle der heiligen Felswand, an der umfangreiche Sprengungen vorgenommen werden mußten, um die Grundfläche für das Gebäude zu schaffen, das nicht neben den beiden Berghäusern der Jungfrauabseilung gebaut wurde und von der Station Jungfrau-Joch durch einen Tunnel bequem erreicht werden kann. Leider war der größte Teil der hierbei gewonnenen Steine für den Hausbau infolge seiner Bruchigkeit unbrauchbar, so daß die geeigneten Steine aus dem Kanton Tessin, jenseits des Gotthard bezogen werden mußten.

Auch sonst gab es während des Baues viele Hindernisse.

Zweimal wurden die Arbeiten durch Lawinenstürze unterbrochen.

Eine dieser Lawinen ging an einer Stelle nieder, die seit 80 Jahren von den talwärts eilenden Schneemassen verschont geblieben war. Durch diese Naturereignisse entstanden in wenigen Minuten Mehrkosten in der Höhe von 20.000 Franken. Auf dem vorbereiteten Baugrund wurde zunächst ein Schuttbau aus Holz errichtet, in dessen Inneren das sich eng an den Felsen anschmiegende steinerne Haus unbehindert von Stürmen und Schneefällen fertiggestellt werden konnte. Die Arbeitsräume liegen an einer Ebene. Im zweiten Stock sind die Wohn- und Schlafräume der Forscher angeordnet. Im Turmgeschloß wurde eine Arbeitsstätte für die Botaniker geschaffen. Zunächst sind acht Arbeitsplätze vorhanden, die später auf zwölf erweitert werden sollen. Das Wichtigste ist, daß das Institut nicht einer Wissenschaft allein dienen soll, sondern allen, die sich durch Forschungsarbeiten in so großen Höhen eine Förderung ihrer Erkenntnisse versprechen. Dazu gehören vor allem die Meteorologie, für die später auf dem über dem Haus aufragenden Spitzberg noch ein Beobachtungspavillon gebaut werden soll, die Physik, ferner Botanik, Zoologie und Physiologie, unter Umständen auch die Astronomie, die in dieser Höhe besonders klare Luft und gute Beobachtungsverhältnisse finden kann. Den Forschern stehen erschütterungsfreie Arbeitsplätze zur Durchführung seiner Messungen zur Verfügung. Für Experimente ist Gleichstrom von 2 bis 70 Volt und Wechselstrom von 70 bis 240 Volt vorhanden. Drei Arbeitszimmer sind mit Verdunklungseinrichtungen versehen. Dazu kommen eine Werkstatt, ein Stallgebäude für die zu biologischen Untersuchungen benötigten Tiere, ein Felsenkeller, der von 25 Meter Fels überlagert ist und für Strahlungsuntersuchungen vorgesehen wurde, ein großzügiger Bibliotheksraum sowie eine auf dem Turm eingerichtete Terrasse. Da das Haus in einem Klima steht, das dem des südlichen Spitzberges gleicht, mußte für gute Kälteisolation gesorgt werden, die durch eine Mauerstärke von 1 Meter und eine innere Korkdämmung, über die zum Teil Holztafelung angebracht ist, erzielt wurde. Im übrigen ist das Haus so in den Fels gefügt, daß Lawinen und Steine meist über den Bau hinweggleiten können, ohne erheblichen Schaden anzurichten.

Die Wissenschaftler, die von den in den beteiligten Staaten bestehenden Kommissionen ausgewählt werden, finden hier oben ausgezeichnete allgemeine Laboratoriumsbedingungen. Für die von ihnen benötigten Spezialinstrumente müssen sie selbst sorgen. Auf telephonischen Anruf werden Schweizer Gelehrte ihren Kollegen vom Jungfrauabseil mit Büchern und Instrumenten ausleihen. Alle für das Forschungsinstitut bestimmten Materialleistungen genießen Steuerfreiheit. Die Ernährungsfrage ist dadurch gut gelöst, daß die Forscher im allgemeinen im Berghotel der Jungfrauabseil beschäftigt werden können.

Wozu nun der ganze Aufwand? Die Meteorologie wird ihre Erkenntnisse zur Vorherbestimmung des Wetters erweitern. Die Physiker werden den Einfluß der kosmischen, d. h. der aus dem Weltentraum kommenden Strahlungen studieren, über die Professor Piccard durch seinen berühmten Aufstieg in die Stratosphäre Arbeit geschaffen wollte. Der Radiotechniker wird das Verhalten von Pflanzen, Tieren und Menschen in der verdünnten Bergluft feststellen. Alle diese Ergebnisse werden unser Wissen bereichern und der Allgemeinheit zugute kommen.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik

Bericht der Nationalbank.

Der Rat der Nationalbank hat am 25. ds. seine ordentliche Monatsversammlung abgehalten. Dem Geschäftsbericht entnehmen wir: Die internationale wirtschaftliche Unsicherheit und die anhaltende Kreditkrise steigern die auf den Außenhandel drückenden Schwierigkeiten. Der Weltmarkt ist unübersichtlich und wird infolge verschiedener Devisen- und handelspolitischer Maßnahmen und Hindernisse unsicher. Auf dem tschechoslowakischen Geldmarkt trat nach Überwindung des sehr starken Jahres-Umsatzes eine verhältnismäßige Entspannung ein, wenn auch das schwierige Infloso der Exportforderungen diese Entspannung bedeutend beeinträchtigt. Die eingetretene Entspannung kam unter anderem auch in der Kurssteigerung der Staatsobligationen zum Ausdruck. Das Einlagengeschäft entwickelt sich günstig, wenn auch noch immer nicht gleichmäßig; es kann ein Einlagenanstieg und die Rückkehr der vorübergehend thesaurierten Guthaben beobachtet werden. Auf dem Markt der langfristigen Kredite wurden fast keine Umsätze verzeichnet. Die Effektenbörsen wies in der abgelaufenen Zeitperiode im Einklange mit den Auslandsbörsen eine günstigere Tendenz auf. Sowohl auf dem Aktienmarkt als auch bei den Anleihenwerten traten Kurssteigerungen ein. Die Umläufe sind mäßig gestiegen. Die Großhandelspreise veränderten sich nur gering, wie dies auch aus dem Anbege der konjunkturrempfindlichen Preise im Käufer ersichtlich ist. Der Stand der Herbstfrucht ist im ganzen gut. Die Beschäftigung der Industrie war in den letzten Wochen durch den Exportrückgang scharfer gedrückt; im Bereiche der mit Exportprodukten waren die den Inlandmarkt beliefernden Industrienichtlich besser beschäftigt. Die Zahl der Arbeitslosen stieg wesentlich, und zwar teils aus Saisongründen, teils infolge der schlechteren Beschäftigung hauptsächlich der Exportbranchen. Der inländische Absatz ist mäßig; trotzdem hat jedoch die Beschäftigung unter den gegebenen Wirtschaftsverhältnissen wider Erwarten ziemlich befriedigende Ergebnisse gezeigt. Die Inflationstendenz im Dezember ist im Inlande nicht gestiegen. Der Absatz nach dem Auslande gestaltet sich sehr

schwierig, das Infloso für Exportforderungen ist schlepplend und unsicher. Diese Lage spiegelt sich in den Dezember-Ergebnissen des Außenhandels, obwohl auch hier, besonders die Ausfuhr von Fertigwaren ziemlich behauptet blieb. Die Einfuhr von Rohstoffen ist seit September mäßig im Steigen begriffen. Die Steigerungsstendenz, namentlich der Fertigwareneinfuhr im Dezember, die ein Passivum der Handelsbilanz in diesem Monate zufolge hatte, wurde durch das Bestreben nach Ergänzung der Warenvorräte noch vor der erwarteten Einfuhrbeschränkung noch verstärkt. Die dauernd schwierige Weltwirtschaftslage drückt fernerhin auf die Einmündigkeit in der Wirtschaft, auch wenn die tschechoslowakische Wirtschaft, dank ihrer Struktur und der gewissen Ausgeglichenheit eine verhältnismäßig bedeutende Widerstandsfähigkeit erweist. Der Kurs der tschechoslowakischen Krone wies eine ruhige Tendenz auf. Zum Schlusse wurde der Rechnungsbericht für das Jahr 1931 vorgelegt und genehmigt, welcher nach vollkommener Deduktion der Devisenverluste (namentlich bei engl. Pfund) — zum Teile zu Lasten der Reserven, zum Teile zu Lasten der laufenden Jahreserträge — mit einem Reinertrag von Ks 33.765.093,15 abschließt. Es wurde beschlossen, der Generalversammlung, die für den 29. Jänner einberufen wird, vorzuschlagen, die Ausschüttung der Dividende und Superdividende in der Höhe von Ks 235.— für 1 Aktie zu bestimmen.

Gewogener Lebensmittelindex. Der vom Statistischen Staatsamte für den Durchschnitt der ganzen Republik für die mittlere Woche des Dezember 1931 erhobene Lebensmittelindex auf der Grundlage der Vorkriegspreise (Juli 1914 = 100), veröffentlicht in den „Preisberichten“ des Statistischen Staatsamtes Nr. 49, Jahrgang 11 (1931), verzeichnet ein Sinken um 1,6 Prozent. Den Rückgang des Index verursachte die Verbilligung folgender Lebensmittel: Rindfleisch und Schweinefleisch um 8 Prozent, Prager Salami um 3,1 Prozent, polnischer um 3,5 Prozent, Anaswürste um 3,8 Prozent, Würstel um 4,2 Prozent, Schweinefett um 2 Prozent, Butter um 1,5 Prozent, Milch um 1,1 Prozent, Quark (Topfen) um 2,5 Prozent, Reis um 1,4 Prozent und Erbsen um 1 Prozent. Die saisongemäße Verteuerung von grünlischem Weizenmehl um 8 Prozent, von Karisoffeln um 1,7 Prozent, von Kopfsalat, Möhren, Zwiebeln und Kapseln vermindert den Gesamtrückgang nur unbedeutend.

Gerichtssaal

Der zweite Ministerzeuge im „Bohemia“-Prozess.

Dr. Becka über den Krach. — Der Übergang des Verwaltungsrates. 118 Millionen Staatsgelder für die verkrachte Bank.

Prag, 25. Jänner. Nach den letzten weniger bemerkenswerten Verhandlungstagen gestaltete sich die heutige Verhandlung, die den Krach selbst zum Gegenstande hatte, recht interessant. Als erster Zeuge wurde der ehemalige Finanzminister Becka, in dessen Amtszeit die ZahlungsEinstellung erfolgte (1923), eintreten.

Als die Bank um Staatshilfe ansuchte, wurde eine Revision vorgenommen, die zum Entzweien aller ein vorläufiges Defizit von 200 Millionen K feststellte. Daraufhin lehnte der Finanzminister kategorisch jede Hilfe ab und erklärte, der Verwaltungsrat müsse zusehen, wie er zurechtkomme. Darauf erfolgte eine korporative Vortrage des gesamten Verwaltungsrates, wobei diese Herren ihn beschworen, die Sache doch zu arrangieren und sich auf die schädlichen wirtschaftlichen Folgen eines so ungeheuerlichen Zusammenbruchs berufen. Außer direkten Subventionen erwarteten sie indirekte Maßnahmen, wie Senkung der Arbeitslöhne, Staatslieferungen für die zu ihrem Konzern gehörige (übrigens altrenommierte) Firma Lanna u. a. m. Doch blieb der prinzipielle Standpunkt des Ministeriums unerschütterlich.

Direktor Biska, der als Regierungskommissar bei der Bankleitung bestellt wurde und später auch die Liquidation leitete, erklärt, das

Bankdefizit habe damals 170 Millionen betragen. Schließlich sei eine Staatssubvention von 99 Millionen hat und 79 Millionen in Schuldverpflichtungen erzielt worden. Nun wurde ein Ausgleich vorgeschlagen, nach welchem die Gläubiger 24 Prozent in bar und 44 Prozent in den genannten Titeln erhalten sollten. Gegen dieses Arrangement aber stellten sich einige hundert Gläubiger, die allerdings im Verhältnis kein sehr großes Kapital repräsentieren und mit denen bis heute noch verhandelt wird. Eine lebhafteste Debatte entzündete sich um die Firma Lanna, in der die Bank eine gewichtige „Kille Reserve“ sah und die seit hundert Jahren einen vorzüglichen Ruf im Wirtschaftsleben genoss. Hier kam aber zutage, daß das Inventar der Firma bei weitem nicht zum jetzigen Werte von 14 Millionen zu realisieren war, weil man ungeschicklicherweise bei den technischen Werten Schätzungsfiguren zu Grunde gelegt hatte, die dem effektiven Wert bei weitem nicht entsprachen. Dieser Zeuge stellt weiters den Direktoren Slavia, Havla und Wegner das Zeugnis aus, daß sie sich aller Vorteile ihrer Verträge freiwillig begeben hätten und auch sonst vollkommen korrekt vorgegangen seien.

Schließlich kommt noch der damalige Buchhalter Schmeißer an die Reihe, der aber zum Hauptthema nicht viel auszusagen weiß, weil er mit der Bilanz selbst nichts zu tun hatte.

auf den geschilderten Tatbestand des schwer qualifizierten Verbrechens des Diebstahls und der mißbrauchten Amtsgewalt.

Sinka hat sich seinerzeit, nachdem durch die vereinigten Anstrengungen des ihm unterstellten Personals diese Dinge zutage gekommen waren, außerordentlich selbstbewußt benommen und den Wählern, die über diesen Skandal am Marienbader Postamt berichteten, Ehrenbeweisungsflagen angeboten. Die Postangestellten in Marienbad hatten unter dem höchsten Verdachte, der sich gegen jeden Einzelnen von ihnen richtete, außerordentlich zu leiden und die Anzeigen wegen der mysteriösen Verluste hielten sich. Schließlich gelang es ihnen, hinlänglich Material zu sammeln und sie erstatteten selbst die Anzeige gegen Sinka, worauf ein unterstehender Kommissar der Prager Hofdirektion in Marienbad erschien und die Untersuchung ihren Verlauf nahm.

Sinka, der seine Stellung wohl nicht zuletzt seiner Qualifikation als „national zuverlässiger“ Rinderheilerführer verdankte, erklärte alles als einen Hasebacke der Unterstellten.

Nun scheint aber der Untersuchungsrichter nach anderthalbjähriger Untersuchung doch zu einem anderen Resultat gelangt zu sein, und auch aus der Vergangenheit des Angeklagten verlässliche ähnliche Stücke zutage gefördert zu haben. Man darf auf den Verlauf der Sache gespannt sein.

PRAGER ZEITUNG.

Der Fraktionskollege der „Demokraten“ Joehr und Dr. Epstein,

der im Verzuge eines Stinkbombermanes lebende Rassistudentenführer Ing. Haider, hat seine Tätigkeit als Stadtverordneter aufgenommen. An der Spitze einer mehr als hundert Personen („Köpfe“ oder „Mann“, wäre zu viel behauptet) starken Rassistenbande versuchte er, den Saal in dem Genosse Dr. Dobann vortrug — über den Vortrag berichten wir an anderer Stelle — zu stürmen. Daß diese Absicht der Rassist vorbeigelaug, ist nicht etwa dem verantwortungsbewußten Handeln dieses Führers zu danken, sondern der Tatkraft der von den sozialdemokratischen Studenten und der sozialistischen Jugend gestellten Ordner, die Herrn Haider samt seiner Bande abdrängten.

Der sonntägige Vortrag des Genossen Dobann begegnete in der Öffentlichkeit großem Interesse. Schon eine halbe Stunde vor Beginn war der große Saal der städtischen Bücherei so überfüllt, daß niemand mehr Einlaß finden konnte. Die bildungsbesessenen Palastbesitzer, die es verabsäumt haben, sich rechtzeitig Eintrittskarten zu verschaffen, versuchten durch den Haupteingang, wo zwei Genossinnen und ein Genosse die Karten kontrollierten, einzudringen. Eine Handvoll Ordner, die sofort zur Stelle waren, drängte die feige Gesellschaft ab. Die Türen wurden geschlossen, Genosse Dobann konnte den Vortrag beginnen. Inzwischen spielten sich vor dem Saale wüste Szenen ab. Die Rassisten versuchten noch einige Male die Eingänge zu stürmen, wurden aber von den Ordnern stets juridgedrängt. Die Polizei, die, wenn es gegen Arbeiter geht, stets schnell zur Stelle ist und dann mehr als energisch vorgeht, benahm sich den Rassisten gegenüber sehr zahm. Zuerst war sie überhaupt nicht zu sehen. Erst als der Krach auf den Stiegen und dem Plage vor der Bücherei zelebrierten, wo sie die Ordner nicht erreichen konnten, zu ort wurde, erst als der Zustand der öffentlichen Ruhe störung so offenbar geworden war, daß selbst ein mit Blindheit geschlagener Taubstummer sie hätte irgendwie wahrnehmen müssen, bekannten sich die, die sonst nichts als ihre Pflicht tun, weil dies und nichts anderes ihre Pflicht ist, endlich auf ihre Pflicht. Es wäre zu wünschen, daß die Polizei auch sonst soviel Milde zeigte. Oder sollte sie vor der Kleidung „besseren Menschen“ Respekt haben? Herr Ingenieur Haider stellte sich dem Polizeioffizier als Stadtvertreter vor. Er glaubte wahrscheinlich als solcher Immunität zu genießen und seine Bande Randalmacher ungestraft ansühren zu dürfen. Die etwas schmerzhafteste Reaktion, die ihm unsere Ordner zuteil werden ließen, dürften ihm wenigstens die Grundbegriffe der Bürgerkunde eingebläut haben.

Als die rauen Kämpfer einsahen, daß sie sich nichts außer Prügel holen können, zogen sie sich auf akademischen Boden (ins nahe Klementinum) zurück und trieben dort allerhand Unfug.

Es sei noch einmal festgestellt, Anführer der ganzen Bande war der Herr Ing. Haider. Das „Prager Montagsblatt“, das in seinem redaktionellen Teil eine Glossierung vortauschen will, tut über die Palastbesitzer sprechlich enttäuscht, wobei ihm das „demokratische“ Prag sicher bestimmen wird. Die Prager „Demokraten“ wollen aber nicht glauben, wir würden ihnen verzeihen, daß Herr Haider ihr Verbündeter im Gemeindevorkampfe war, daß sie es uns ausgerechnet als Volksverrat ankreideten, daß wir für uns eine solche Bundesgenossenschaft ablehnten. Wir standen und stehen auf dem Standpunkt, daß ein Hofenkreuzstadterordneter eine Kulturschande für das Prager Deutschtum bedeutet. Die Herren Joehr, Epstein und Cie. waren aber nicht nur des Haider's Gemeindevorkampfe, sie haben ihm auch in ihre Fraktion aufgenommen. Auf die Stellungnahme dieser Herren zu der letzten Heldentat ihres Fraktionsgenossen sind wir begierig.

Kunst und Wissen

7. Arbeitervorstellung. An Stelle der verbeihenen tschechischen Oper „Don Pasquale“ von Donizetti wurde Sonntag nachmittag dem Arbeiterpublikum das neue Pensionats-Schauspiel Christa Winsloe's „Gestern und heute“ vorgeführt. Der Tausch war sicher gut: denn dieses pädagogische Theaterstück vermittelt jedem Publikumswissenschaftler Kenntnisse über verführerische Erziehungs- und noch verführerischere Moralitätsanschauungen. Läßt Lebenswirklichkeit und Lebensirrtümer erkennen, die in ihrer Echtheit und Offenheit überzeugend wirken müssen. Aber: Ist es so ganz unmöglich, dem Publikum, das mit der Stimmung und dem Gehalt für ein besseres Werk ins Theater geht, als Ersatz ein Werk gleichen oder ähnlichen Charakters zu bieten? — Das gut besuchte Haus war übrigens, schätzungsweise im Sinne der Bühnengeschichte, was nicht nur auf das Konto des Werkes zu setzen ist, sondern mindestens im gleichen Maße auf die ganz ausgezeichnete Darstellung, die ihm an unserem Theater zuteil wird. Den Hauptrollen hatten auch diesmal Fr. Carpentier in der Rolle der unglücklichen und mißverstandenen Pensionärin Ramuila und Frau Keller als ihre angelehnte, verscheidende und doch ihr tragisches Geschick bestimmende Lehrerin. Die übrigen, ihren größeren und kleineren Aufgaben mit höchster Spielkunst hingebenden Mitwirkenden (die Damen Bertram, Reinecke, Ondra, Medelsky,

Warnholz, Solovanič, Reichlin, Rahm etc.) mögen sich mit einem Gesamterfolg begnügen, an dem auch der geschmackvolle Bildner der Szene und Regisseur der Aufführung Herr Hans Gög als einzige männliche Stütze der Aufführung rechtlichen Anteil hat.

„Ein entzückender Mensch.“ (Erstaufführung in der Kleinen Bühne.) Auch an diesem Stück zeigt sich die Abnehmungslosigkeit der Autoren bei der Titelwahl. Es — nämlich der deutsche Arbeiter Bert Elsässer, der Komponist Erwin Straus und die Verfasser der Gesangstexte Leo und Erwin Straus — nennen ihr nach einem französischen Schwanf Joan de Perros' juristisches Lyrisch ein musikalisch es Lustspiel, trotzdem es in musikalischer Hinsicht nicht einmal den Ansprüchen einer richtiggehenden Soubrette-Operette genügt. Straus' Musik ist nämlich dürftig, gar nicht originell und schon gar nicht lustig. Einer einzigen Nummer (im zweiten Akt) ist parodistische Sinn und komische Haltung nachzurufen. Am französischen Geist und Witz einzelner Szenen gemessen, wirkt sie sogar lächerlich, weil es ihr an der entsprechenden Feinheit, Leichtigkeit und Unbeschwertheit fehlt. Ein paar moderne, noch dazu unoriginelle und einfallsarme Schloßer machen noch lange keine Lustspielmusik, wäre sie auch nur für einen Schwanf bestimmt. Dieser französische Schwanf, auf den sich die Operette „Ein entzückender Mensch“ stützt, ist übrigens um einen Akt zu lang geraten. Seine Idee, einen Don Juan im burlesken Sinne auf die Szene zu stellen, der es in elegantester Weise zuzuge bringt, neben einer richtigen Frau noch eine Braut und Geliebte, ein Stubenmädchen und eine Freundin der Geliebten zu betriebligen, ist mit Schick des zweiten Aktes, da sich alle betrogenen Frauen um den einen entzückenden Menschen rufen, auf seinem Höhepunkte der Komik angelangt, wo eine Steigerung nicht mehr möglich ist. — Sehr zu loben war die Aufführung des musikalischen Schwanf's, bei der man mit viel Glück abermals schauspielerische Kräfte verwendet hatte. Fr. Bertel Solovanič war eine ganz entzückende, temperamentvolle und hingebende Geliebte, an deren schön pointierter Gesangsvortragskunst so manche berufene Operettensoubrette lernen konnte. Liebreich und immer auch Fr. Reichlin, durstetwegs vorzüglich in kleineren Rollen die Damen Medelsky, Rahm, Ondra und Loreng (unter ihnen insbesondere Fr. Medelsky als schwerhörige Tante eine Prachtfigur). Der „entzückenden Menschen“ spielte und sang Herr Dörner; sehr gewandt und sehr charmant, aber vielleicht doch um eine Nuance zu wenig schmerzempfindlich, um eine Nuance zu viel gütig. Als sein freundschaftlicher, leider allzu operettenmäßig trottelhaft von den Autoren hingeworfener Deporell verstand es Herr Reichlin, längerlich und darstellerisch dieser Rolle besseren und wirkungsvolleren Sinn zu geben. Regie: Dubeč; musikalische Leitung: Walgand; Besuch und Aufnahme: mäßig.

Sondervorstellung „Im weißen Röhl.“ Inaugural des Pensionatsvereins der Angestellten des Deutschen Theaters findet Sonntag, den 21. Jänner, eine Sondervorstellung des Singspiels „Im weißen Röhl“ von Müller-Benachy statt. Der sonst zum gleichen Zweck veranstaltete Ball ersfällt heuer mit Rücksichtnahme auf die Zeitumstände. Das Publikum wird im Interesse des guten Zweckes auf diese Vorstellung, für die das erfolgreichste Werk der Spielzeit ausgewählt wurde, besonders hingewiesen. Der Beginn des Kartenverkaufs wird später bekannt gegeben.

Freitag, 6 1/2 Uhr, Gastspiel Maria Reiperg: „Die Walküre“, von Richard Wagner. Das Gastspiel Maria Reiperg ist ein Ehrengastspiel und findet nicht auf Anstellung statt. In dieser Aufführung gastieren auf Engagement Elsa Kment vom Stadttheater in Bremen (Sieglinde) und das frühere Mitglied des Deutschen Theaters in Prag Josef Schwarz (Wotan). Dirigent: Ray Rudolf. (Seriennummer 89—1)

Deutsche Musikakademie. Haydn-Brabus-Abend Mittwoch, den 27. Jänner, 8 Uhr abends in der Produktionsbüchse. Werke für Orchester, Klavier mit Orchester, Quartett und Solovioline. Karten von 3 bis 12 K bei Wepler, Emblo-Passage.

Spielplan des Neuen Deutschen Theaters. Dienstag, 7 1/2 Uhr: „Ein Mastenball“ (86—11). — Mittwoch, 8 Uhr, Prem.: „Tartuff“, Komödie nach Moliere von Blümler (87—11). — Donnerstag, 8 Uhr, Ensemblegastspiel Alexander Moissi: „Jedermann“, Spiel von Desmannsthal (Abonn aufgehoben). — Freitag, 6 1/2 Uhr, Gastspiel Maria Reiperg: „Die Walküre“, von Wagner (Seriennummer 89—1). — Samstag, 8 Uhr: „Tartuff“ (88—11). — Sonntag, 7 1/2 Uhr: „Die Boheme“, Oper von Puccini (90—11). — Montag, 7 1/2 Uhr: „Tiefenland“, Oper von d'Albert (Freier Verkauf und Bankbeamten Gruppen I und II).

Spielplan der Kleinen Bühne. Dienstag, 7 1/2 Uhr abends: „Die Mitschuldigen“, „Die Sonne des Verliebten“, von Goethe. (Freier Verkauf und Bankbeamten Gruppe II). — Mittwoch, 7 1/2 Uhr: „Ein entzückender Mensch“, (Ab.). — Donnerstag, 7 1/2 Uhr: „Ein entzückender Mensch“, (Ab.). — Freitag, 7 1/2 Uhr: „Gestern und heute“, (Ab.). — Samstag, 7 1/2 Uhr, Brautführung: „Diktatur der Frauen“, Lustspiel von Keller und Schöy. — Sonntag, nachmittags 3 Uhr: „Der Graue“, Schauspiel von Forster (Ab.). — Abends 7 1/2 Uhr: „Diktatur der Frauen“, — Montag, 7 1/2 Uhr: „Diktatur der Frauen“.

Die Geldbriefe von Marienbad.

Oberpostsekretär Sinka unter Anklage.

Oger, 25. Jänner. Vor dem hiesigen Kreisgericht begann heute vor dem Strafsenat des OGB. M. J. S. die Strafverhandlung gegen den ehemaligen Leiter des Marienbader Postamtes Franz Sinka, dem zur Last gelegt wird, seine Stellung dazu mißbraucht zu haben, eine ganze Reihe von Entsendungen und Briefen aus dem Auslande, in denen er beigelegtes Geld vermutete, erbrochen und die einliegenden Beträge für sich behalten zu haben. Der Fall hat damals nicht nur im Inlande, sondern auch außerhalb der Republik ungeheures Aufsehen erregt.

Die Anklage, vertreten durch Staatsanwalt Fr. Grund, beveriet die Höhe des Schadens mit einem, die Grenze von 20.000 K überschreitenden Betrage, was die schwerste Qualifikation der Höhe noch darstellt, die das Gesetz statuiert. Im Einzelnen beschuldigt ihn die Anklage, mit einem plombierten Postbeutel vier Wertsendungen von zusammen 34.800 K entwendet zu haben. Dies soll im Jahre 1921 in Budweis geschehen sein. Im folgenden Jahre habe der Angeklagte beim gleichen Postamt aus Briefen und Paketen amerikanische Reichsmark und endlich in Marienbad im Jahre 1930 aus reichsdeutschen Briefen mehr als 20.000 Reichsmark sich angeeignet. Die Anklage beruht sich

ES FRIERT - KAUFEN SIE SICH SCHNEESCHUHE.

Die niedrigen Preise ermöglichen es Ihnen, sich warmes Winterschuhwerk zu beschaffen. Für einige Kronen, die Sie für dieses auslegen, schützen Sie sich selbst und Ihre Familie vor Krankheiten, welche zu 90% von Verkühlungen herrühren. Benützen Sie daher die günstige Gelegenheit unserer Preisermässigung zum Einkauf von warmem Winterschuhwerk.



Modell 240
Unseren Kleinsten warme Schühchen aus einfarbigem Filz mit geschmeidiger Chromledersohle. Für den Wagen und zu Hause.



39.-
29.-
BEI FROSTWETTER UNSERE SCHNEESCHUHE. MODELL 2055-00
Für Damen früher K 39.-, jetzt K 29.-, für Herren früher K 49.-, jetzt K 39.-, für Kinder früher K 19.-, jetzt K 15.-, Größe 9-1 früher K 25.-, jetzt K 19.-. Diese Schneeschuhe sind warm, praktisch und billig. Der Oberteil aus dauerhaftem, warmem Wollfilz - Gummi- oder Ledersohle Ihr Preis ist für jedermann erschwinglich, beschaffen Sie sich diese, denn sie bewahren Sie vor Erkältung.

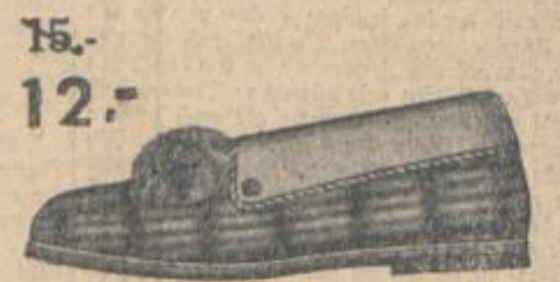


9.-
Bequemlichkeit Daheim. Modell 6045
Nach gänztägiger Arbeit ruhen Sie sich in unseren warmen und bequemen Pantoffeln aus. Für Herren K 12.-



15.-
12.-
Gr. 3-8 (20-26) Modell 211
Nach dem Schulunterricht ziehen Sie Ihren Kindern warme und bequeme Hausschuhe an. Für Damen K 25.-, für Herren K 29.-, für Kinder Gr. 9-1 1/2 (27-33) K 15.-
Zi-23.

Bata



15.-
12.-
Hausschuhe. Modell 7045
Abends - unsere warmen und bequemen Hausschuhe. Dasselbe Modell für Herren K 15.-, für Mädchen K 9.-



19.-
12.-
Gr. 6-8 (23-26) Modell 2851-01
Kinder-Ganzgummi-Überschuhe mit Kragen und warmem Trikotfutter. Niedriger Absatz.



15.-
12.-
Überschuhe aus Gabardine, Mod. 1255-31
galaschert. Sie schützen vor Erkältung und bewahren die Schuhe vor Durchnässung.



39.-
29.-
Modeschuhe mit Modell 2055-10
Schaffellverbrämung. Ledersohle - halbhoher Absatz. Der geeignete Schuh für Frostwetter.



39.-
29.-
Herren-Gabardin-Überschuhe, Modell 1637-33
galaschert, mit warmem Trikotfutter Ganzgummi mit Reissverschluss K 39.-

Vorläufe und Veranstaltungen

Dr. Max Hodann: Eltern und sexuelle Erziehung.

„Der Sexualhodann kommt wieder nach Prag“ — kündete die „Deutsche Presse“ an und gab den reaktionären Studenten, die ihre Stoßtruppe in das Joch der „Städtischen Bäderlei“ dirigiert hatten, einen Wink mit dem Zaunpfahl. Hodann erfreut sich also auch in den Kreisen der höchsten Popularität, nicht nur bei dem fortschrittlichen Teil der Prager, die den großen Saal der Bäderlei bis auf den letzten Platz besetzen.
Dr. Hodann wandte sich diesmal, wie aus dem Vortragstitel ersichtlich ist, an die Eltern. Die Aufklärung solle so früh wie möglich einsetzen, die Kinder sollten auch auf fernem Gebiet zur Verantwortung erzogen werden. Erziehung, Verbot und Einschüchterungen seien auch für die Sexualerziehung höchst ungeeignete pädagogische Maßnahmen, die nur dazu dienen könnten, eine vollkommen unbegründete Angst vor der Sexualität bei der Jugend hervorzurufen. Der Redner, der als Sozialist und Arbeiterfreund bekannt ist, verabsäumte es nicht, auf den Zusammenhang hinzuweisen, der zwischen der herrschenden Sexualmoral und dem wirtschaftlichen Niedergang der bürgerlichen Gesellschaft besteht. Besonders bei der Ueberwindung der Virginität seien abgesehen von religiösen Momenten ökonomische Gesichtspunkte maßgebend, die Frau erhalte durch die Virginität keinen höheren Wert an und für sich, sondern nur einen höheren Wert als Handelsobjekt in einer Gesellschaftsordnung, in der die Ehe zum Geschäft erniedrigt wird. Die einzige Weltanschauung, die der Auffassung der Frau als Ware entgegensteht, sei die sozialistische.
In der Diskussionsrunde, die sich an Dr. Hodanns Ausführungen angeschlossen, kamen sehr ausnahmslos Netzte zu Wort, die einige Punkte im Vortrag ihres Berliner Kollegen ansprachen, ihm aber in den prinzipiellen Fragen nicht widersprachen. Man hörte die Herrn Doktor von Vondra und Kreyer sowie den bekannten Markendoktor Procházka Dr. Vohl, Unerwartete Anerkennung wurde Hodann vom jüngsten Debattierenden, Dr. Norm-Roller zuteil. Die Eltern und Erzieher, denen der Abend vor allem gefallen hatte, schwiegen bis auf eine rühmliche Ausnahme — Genossin Maria Deutsch, die an die Anwesenden appellierte, ihren Einfluss in den Schulen und in der Selbstentfaltung im Sinne des Fortschritts geltend zu machen. W. R.

Aus der Partei

Bezirksorganisation Prag der Deutsch. Sozialdem. Arbeiterpartei.

Sitzung der Bezirksvertretung
Donnerstag, den 28. Jänner, 8 Uhr abends im Gewerkschaftshaus wichtige Tagesordnung.

Sitzung des Bezirksfrauenkomitees. Donnerstag, den 28. Jänner, um halb 8 Uhr Sitzung des Bezirksfrauenkomitees.

Jugendbewegung.
S. J. I., Prag. Heute im Vereinsheim am Hüglerplatz um 8 Uhr Gruppenabend! Instrumente mitbringen!

Mitteilungen aus dem Publikum.

Das Rezept des Augenarztes
kann nur dann seinen Zweck erfüllen, wenn das Augenglas sachmännlich angepasst wird. Lassen Sie Ihr Rezept bei **Optiker Deutsch, Prag, Graben 2, Palais „Koruna“**, ausführen

Sport • Spiel • Körperpflege

TSK gegen KSK 4:2 (3:2). Bei TSK spielte nach langer Abwesenheit Vatek mit Erfolg. KSK zeigte ein gutes Spiel und war für den noch unfernen TSK ein starker Partner.

Slavia gegen Galoch Wien 4:0 (1:0). Slavia eröffnete seine Saison mit einem internationalen „Spiel“, das reich an Verheerungen war, an denen Svoboda (Slavia) den Löwenanteil hatte und der auch — aber reichlich spät — mit Feldmann (Galoch) ausgeschossen wurde. Die Wiener waren für die Belmischen kein „großer“ Gegner, mit dem zu prunken es sich lohnte.

Das Winterpokalturnier brachte in der zweiten Runde unangenehme Ueberraschungen für die „Großen“. Im Vorspiel besiegten die ambitionierten Spielenden Liechener die Bohemians mit 2:1 (0:1) und im Hauptspiel Teplicher JSR gegen Sparta war der Maßstab fest, mit einem Unentschieden (2:2, 1:2) dahingekommen zu sein. Die Teplicher zogen entgegen der Vorwoche ein sehr gutes Spiel, das ihnen reichlich die Sympathien der

Zuschauer eintrug, trotzdem sie über 70 Minuten mit zehn Mann spielten. Bei Sparta war es diesmal umgekehrt, obwohl alle ihre Kanonen da waren: sie halfen sich demzufolge mit Verheerungen — besonders die Verteidigung in erster Linie — und mit dem Schiedsrichter.

Viktoria Zizkov hat seine Tournee beendet; sie trug im ganzen 21 Spiele aus, gewann 19 und verlor zwei. Das Gesamtergebnis lautet 107:32 Tore für Viktoria.

Sonstige Ergebnisse. Vilsen: Viktoria gegen Karlsbader JSR 4:2 (2:0). — Kladsno: SK gegen Ochošovčan 2:0 (1:0). — Klatov: SK gegen Sparta Kladsno 0:0. — Komotau: TSK gegen Turner SK 3:2 (1:2). — Wien: FAC gegen SAC 2:0 (1:0), Frem-Skrideter gegen Althofen 2:1 (0:0). — Budapest: Ägypten-ES gegen Amateurtorn 14:1 (7:0). — Paris: Wien gegen Paris 5:1 (2:1).

Internationales Eisschnelllaufen in Troppau. Diese am Sonntag stattgefundene Veranstaltung fand im Zeichen des Winters Kledi, der alle Rekorde neu gewann. Trotzdem die Bahn den internationalen Regeln nicht entsprach, wurden doch je zwei polnische und tschechoslowakische Rekorde unterboten. Nachstehend die Ergebnisse: 500 Meter: 1. Kiedl (Wien) 47.4 Sek., 2. Kalbaczky (Warschau) 49.8 Sek. (polnischer Rekord), 3. Turnowski (Prag) 49.8 Sek. (tschechoslowak. Rekord). — 1500 Meter: 1. Kiedl 2:09.6 Min., 2. Kalbaczky 2:36.3 (polnischer Rekord), 3. Edelny (Budapest) 2:38.5. Rekord verbesserte als Sechster mit 2:48.5 den tschechoslowakischen Rekord. — 5000 Meter: 1. Kiedl 9:08 Min., 2. Ketter (Wien) 9:19.4, 3. Kalbaczky 9:21.2, 4. Erlich 9:29.

Eishockey. Troppau: SK gegen SAC. Budapest 1:0. — Troppau: VSK gegen SAC. Budapest gegen SKA. Bratislava 7:0 und gegen SKA. Lub 6:0. — Berlin: SK. Prag gegen Berliner Mannschaft 3:2 (Samstag) und 2:0 (Sonntag). — Paris: Ottawa (Kanada) gegen Pariser Ausländerteam 5:1. Die Kanadier beendeten mit diesem am Samstag ausgetragenen Spiel ihre Europareise und kehren ungeschlagen mit einem Gesamtergebnis von 192:18 in die Heimat zurück.

Die Weltmeisterschaften im Tisch-Tennis begannen am Montag in Prag. Folgende Staaten nahmen daran teil: Deutschland, England, Frankreich, Indien, Jugoslawien, Lettland, Litauen, Ungarn, Österreich und die Tschechoslowakei. Titelverteidiger ist Ungarn, das auch diesmal als Favorit gilt. Die Kämpfe gehen im Emschower Narodni dom vor sich und dauern bis zum 30. d. M. — Die vorläufigen am Montag ausgetragenen Begegnungen: Tschechoslowakei gegen Litauen 5:0, Österreich gegen Deutschland 5:3, Lettland gegen Indien



Räthe von Nagy (Ufa).

5:1, Ungarn gegen Jugoslawien 5:0, England gegen Frankreich 5:0.

Dirschfelds neuer Weltrekord. Bei einem am Samstag in Frankfurt stattgefundenen Leichtathletischen Meeting warf Dirschfeld die Kugel 160.7 Meter weit und erzielte einen neuen Weltrekord. Den zweiten Platz belegte Stewert mit einem Wurf von 153.3 Metern.

Sozialistische Jugend, Prag

Mittwoch, den 27. Jänner 1932, im Heim am Hüglerplatz

Gedenkabend: „Gelden der proletarischen Revolution“

Sprecherin: Genossin Maria Deutsch. Beginn halb acht Uhr (pünktlich kommen!). Gäste willkommen!

Verbreitet die Arbeiterpresse.

Druckerei: Rudolf Tsch. — Einzelheften: Wilhelm Wiesner. — Verantwortlicher Redakteur: Dr. Max Hodann, Prag. — Druck: „Kosa“ K.G. für Setzung- und Nachdruck, Prag. — Für den Text verantwortlich: Otto Zedl, Prag. — Die Zeitungsmaterialien wurden von der Voh. u. Zeitungsdruckerei mit Ulrich St. 12.800/1111000 bezogen. — Bezugsbedingungen: Bei Bestellung im Voraus über den Betrag muss die Voh. monatlich bis 10. — Vierteljährlich K 48.—, halbjährlich K 90.—, jährlich K 160.—. — Entsendung werden laut Tarif billiger berechnet. Bei diesen Einzelbestellungen Preisnachlass. — Zustellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einbringung des Retourmarktes.